

Veröffentlichungsreihe der Abteilung **Öffentlichkeit und soziale Bewegungen** des
Forschungsschwerpunktes Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 98-106

**Die Stimme der Medien im politischen Prozeß:
Themen und Meinungen in Pressekommentaren**

Friedhelm Neidhardt
Christiane Eilders
Barbara Pfetsch

Berlin, Dezember 1998

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin,
Telefon: (030) 25 491-0

Zitierweise:

Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders, Barbara Pfetsch 1998:
Die Stimme der Medien im politischen Prozeß:
Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Discussion Paper FS III 98-106.
Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag skizziert den theoretischen Hintergrund, das Untersuchungsdesign und die zentralen Fragestellungen des Projekts „Stimme der Medien im politischen Prozeß: Themen und Meinungen in Pressekommentaren“. Ziel des Projekts ist es, anhand einer Inhaltsanalyse von Kommentaren überregionaler Tageszeitungen den eigenständigen Beitrag von Medien zum politischen Diskurs zwischen 1993 und 1998 zu erfassen. Das Projekt geht zum einen der Frage nach, welche politischen Themen die Medien in ihren Kommentaren aufnehmen, in welcher Weise sie diese definieren und interpretieren und dabei bestimmte Akteure und Akteursbeziehungen ansprechen und bewerten. Es untersucht zum anderen, unter welchen Bedingungen die auf diese Weise erfolgenden Relevanzzuweisungen und Problemdeutungen im politischen System Resonanz finden. Die Annahme ist, daß die Wahrscheinlichkeit der politischen Resonanzzeugung mit dem Ausmaß der in Kommentarvergleichen meßbaren thematischen Fokussierungen, Meinungskonsonanzen und Persistenzen im Mediensystem steigt. Ein Vergleich von Kommentaragenda und politischer Agenda - wie sie in Parteiprogrammen, Regierungserklärungen, Anfragen und aktuellen Stunden im Bundestag zum Ausdruck kommt - soll Aufschluß über wechselseitige Einflüsse zwischen Medien und Politik geben.

Abstract

This paper outlines the theoretical background, design and research questions of the project „The Media's Voice in the Political Process: Issues and Opinions in Press Editorials“. A content analysis of the editorials in national newspapers between 1993 and 1998 will put us in the position to assess the autonomous contribution of the media to the political discourse. On the one hand, the project investigates which political issues the media address in their editorials, how they define and interpret them, which political actors and constellations of actors they refer to and how they evaluate these. On the other hand, we ask under which circumstances the media's relevance assignments and problem definitions find resonance in the political system. We assume that high levels of issue focusing, opinion consonance and persistence in the media system increase the probability of political resonance. A comparison between the editorial agenda and the political agenda- as indicated by party manifestos, government briefings and interpellations in parliament - will contribute to the explanation of the reciprocal effects between media and politics.

Vorwort

Der vorliegende Beitrag stützt sich im wesentlichen auf den Projektantrag „Die Stimme der Medien im politischen Prozeß: Themen und Meinungen in Pressekommentaren“, der von Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch im Januar 1998 bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) beantragt wurde. Nach der Bewilligung durch die DFG im Juli 1998 begannen intensive Vorarbeiten für die Kommentarcodierung der umfangreichen Stichprobe. Seit September arbeiten sieben Codierer und Codiererrinnen an der inhaltsanalytischen Erfassung der Kommentare, die im August 1999 abgeschlossen sein soll. Zu diesem Zeitpunkt soll auch die Inhaltsanalyse der politischen Agenda durch das Forschungsteam abgeschlossen sein. Ein Abschlußbericht wird voraussichtlich im Herbst 2000 vorliegen. Ein ausführlicher Methodenbericht zur Stichprobenauswahl, Operationalisierung der Fragestellung und Kategoriensystem, Reliabilitätstest und technischer Durchführung liegt als Discussion Paper FS III 98-107 vor.

Die Stimme der Medien im politischen Prozeß: Themen und Meinungen in Pressekommentaren

Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders, Barbara Pfetsch

1. Forschungsperspektive

In der politischen Kommunikation moderner westlicher Demokratien haben die Medien der Massenkommunikation als institutionalisierte Foren von Öffentlichkeit Funktionen, die über die reine Informationsvermittlung hinausgehen. Aus demokratietheoretischer Sicht gehört zur Aufgabe der Medien die Generierung von öffentlicher Meinung im politischen Diskurs und die Stabilisierung demokratischer Werte und Normen in der Gesellschaft. Mit Blick auf die Funktionalität der Medien für das demokratische System sollen Massenmedien nach Gurevitch/Blumler (1990: 270) u.a. folgende Anforderungen erfüllen: (1) die Beobachtung der soziopolitischen Umwelt durch die Berichterstattung über gesellschaftliche Entwicklungen, die die soziale Lage der Bevölkerung betreffen; (2) die "sinnhafte Ausgestaltung der Rolle von Agenda-Settern", die die zentralen Probleme und aktuellen Streitpunkte sowie deren Ursachen und Lösungsmechanismen identifizieren; und (3) die Zuweisung von Verantwortlichkeit an die politischen Akteure in bezug auf die Art und Weise ihrer Herrschaftsausübung. In dieser Perspektive können die Massenmedien neben Parteien, Interessengruppen und sozialen Bewegungen im intermediären Prozeß selbst einen Akteursstatus erlangen, indem sie ihre Publizitätsmöglichkeiten nutzen und auf "eigene Rechnung" ihre Stimme im politischen Diskurs erheben. Unter bestimmten Bedingungen können sie damit das politische Agenda-Building sowie die Entscheidungsfindung im politischen System selbst beeinflussen. Ziel der geplanten Untersuchung ist es, den Beitrag der Medien im Konstitutionsprozeß der öffentlichen Meinung zu erforschen, insbesondere die Bedingungen zu analysieren, unter denen sich die Medienstimme formiert und politisch wirksam wird. Dieses Ziel soll anhand einer Analyse von Pressekommentaren überregionaler Tageszeitungen erreicht werden, die wir als validen Indikator der "eigenen Stimme" der Medien ansehen.

Ausgangspunkt unserer Untersuchung ist die Auffassung, daß sich im Genre der Pressekommentare einerseits die Aufmerksamkeit der Medien für gesellschaftliche Konflikte, längerfristige Problemlagen und "concerns" der Bevölkerung ausdrückt, die mit Blick auf deren Entstehungsbedingungen, Verursacher, Lösungen und politischen Zuständigkeiten behandelt werden. Andererseits reagieren Kommentare auch auf kurzfristige, meist punktuelle Ereignisse im politischen Entscheidungsprozeß. Denkbar ist auch, daß ein konkretes Ereignis als Anlaß dient, um grundsätzliche Soll-Ist-Diskrepanzen oder Wertekonflikte anzusprechen. Die Umweltbeobachtung und das Agenda-Setting der Medien im politischen Prozeß schließt ein, daß diese in ihren Kommentaren sowohl auf die Ereignisse im politischen System reagieren, als auch von sich aus, eigeninitiativ, Probleme zur Sprache bringen können.

Unabhängig davon, ob die Themenagenda in Pressekommentaren auf den politischen Prozeß reagiert oder eigenständige Themensetzungen markiert, sind die Themen zunächst hochselektive Relevanzzuweisungen der Medien. Aus der Gesamtheit berichtenswerter Themen erfahren nur wenige eine Karriere in das herausgehobene Genre von Kommentaren. Wir gehen davon aus, daß diese anzeigen, welche Streitfragen und Probleme die Redaktionen für wichtig halten und wofür sie politischen Handlungsbedarf anmahnen. Dies bedeutet auch, daß Aufmerksamkeitskriterien der Nachrichtenberichterstattung wie etwa Aktualität, Personalisierung, die Ereignishaftigkeit des Geschehens etc. nicht notwendigerweise auch für Pressekommentare gelten müssen. Vielmehr besteht bei Kommentaren die Chance, sich von der Tagespolitik zu distanzieren und grundsätzlicher Reflexion und Bewertung längerfristiger Entwicklungen und Problemlagen Raum zu geben. Wir nehmen an, daß nicht so sehr die Aufmerksamkeitskriterien des Nachrichtenjournalismus, sondern die redaktionelle Meinung über die Dringlichkeit und Lösungsbedürftigkeit von Problemen die Themenauswahl bestimmen. Durch eine Analyse der Kommentaragenda wollen wir ermitteln, welchen Problemlagen und gesellschaftlichen Konflikten die Medien Relevanz zuweisen und für welche sie eine Bearbeitung im politischen System einklagen.

Dabei konzentrieren wir uns nicht auf einzelne Medien und die Kommentarwirkung auf deren jeweilige Rezipienten. Aus makrotheoretischer Politikperspektive ist die Agenda der Massenmedien insgesamt als kollektive politische Stimme das Ergebnis vieler

Einzelagenden. Ihr Zustandekommen, d.h. die Entstehung von Relevanzzuweisungen im Mediensystem, ist als Prozeß zu betrachten, der durch die wechselseitige Orientierung der Medien aneinander (Inter-Media-Agenda-Setting) beeinflusst wird. Die empirische Forschung zeigt, daß sich im Mediensystem der Bundesrepublik die überregionalen Tageszeitungen in diesem Prozeß als Leitmedien etablieren konnten. Für welche *Themen* die Relevanzzuweisungen verschiedener Medien übereinstimmen, in welchen Bereichen sich also die einzelnen Medienstimmen fokussieren und wie sich eine solche *Fokussierung* im Mediensystem zwischen den einzelnen Medien über die Zeit entwickelt, sind Fragen, die das geplante Projekt untersuchen will. Um die Dynamik der Themenagenden beschreiben zu können, ist eine längsschnittliche Analyse der Pressekommentare geplant. Es wird angenommen, daß kurze Themenkarrieren aktuelle Zuspitzungen der Tagespolitik und lange Themenkarrieren persistente Problemlagen und anhaltende Konflikte markieren.

Pressekommentare sind unter journalistischen Professionalitätskriterien nicht nur der legitime Ort für Problemdefinitionen, sondern insbesondere auch für die Äußerung von Meinungen, im Sinne von impliziten und expliziten Bewertungen von Problemlagen, ihren Verursachern und Adressaten von Problemlösungen. Ebenso wie sich die einzelnen Medien bei den Thematisierungen unterschiedlich verhalten können, können sie auch unterschiedliche *Meinungen zu den Themen* vertreten bzw. unterschiedliche Bewertungen von politischen Positionen und Akteuren äußern. Auch Meinungen haben keinen statischen Charakter. Vielmehr können sich im Zeitverlauf verändern. Betrachtet man die Meinungen der einzelnen Medien zusammen in zeitlicher Perspektive, können sich die Bewertungen entweder aufeinander zubewegen oder voneinander entfernen. Das Projekt untersucht, in bezug auf welche Streitfragen und Probleme im Mediensystem übereinstimmende Meinungen geäußert werden und bei welchen Positionen und Akteuren sich zwischen den verschiedenen Medien *Konsonanzen* oder *Dissonanzen* entwickeln.

Medien als politische Akteure konstituieren sich vor allem dann als wahrnehmbare Größen im politischen Diskurs, wenn sich ihre Problemannoncen auf bestimmte Streitfragen zuspitzen und wenn sich ihre Bewertungen als konsonante Meinungen verdichten. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht daher die Gesamtheit von Themen

und Meinungen im Mediensystem, insbesondere der Umfang von Übereinstimmungen mehrerer Medien hinsichtlich ihrer Themen (Fokussierung) und ihrer Bewertung (Konsonanz). Die Annahme ist, daß die Wahrscheinlichkeit der politischen Resonanzzeugung mit dem Ausmaß der in Kommentaren meßbaren Fokussierungen und Konsonanzen im Mediensystem steigt.

Die thematische Fokussierung sowie die Konsonanz auf der Meinungsdimension sind Merkmalskonstellationen im Mediensystem, die ständiger Veränderung unterliegen können. Wir nehmen an, daß hohe Übereinstimmung der Themen und Meinungen zwar eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für die Entstehung von Medienresonanz im politischen System darstellen. Wir gehen deshalb von der weiteren Hypothese aus, daß erst bei einer gewissen *Persistenz*, d.h. zeitlichen Stabilität und Hartnäckigkeit dieser inter-medialen Konstellation, die Problemsichten und Bewertungen als "einheitliche Medienstimme" wahrgenommen werden und damit Voraussetzung politischer Resonanz sind. Halten sich die Übereinstimmungen in bezug auf Themen und Bewertungen nur über kurze Zeit, so sinkt die Chance auf politische Resonanz.

Da das Projekt Pressekommentare als mediale Indikatoren und institutionalisierter Ausdruck für öffentlich wahrnehmbare Streitfragen und gesellschaftliche Probleme sowie deren Bewertung betrachtet, richtet sich die Wirkungsperspektive auf die spezifische Reaktion im *politischen Entscheidungssystem*. Mit anderen Worten, das Projekt klammert die in der Medienwirkungsforschung vorherrschende Perspektive individueller Wirkungen auf einzelne Rezipienten bewußt aus und betrachtet vielmehr die *kollektive* "Medienmeinung" als *politisch* wirksame Größe der Mesoebene. Die Annahme ist, daß nur unter der Bedingung einer hohen und persistenten Übereinstimmung in bezug auf Streitfragen und Problemsichten sowie deren Bewertung in den Kommentaren der unterschiedlichen Leitmedien Druck auf das politische System entsteht, die entsprechenden Probleme zu bearbeiten und die medialen Bewertungen zu berücksichtigen. Die Untersuchung fragt, bei welchen Problemen und in bezug auf welche Bewertungen Fokussierungen und Konsonanzen politisch folgenreich sind. Dazu ist ein Vergleich der Kommentaragenda mit der politischen Agenda über die Zeit vorgesehen.

Die Responsivität im politischen System auf die wahrnehmbare kollektive Problemsicht der Medien kann sich auf kurzfristige Aktionen im Sinne von symbolischer Politik beschränken, zum Beispiel indem politische Akteure das entsprechende Thema zum Gegenstand eines folgenlosen "Palavers" machen. So können sich Resonanzen in Form von kurzfristigen Problemthematizierungen in aktuellen Stunden und/oder folgenlosen Anfragen zeigen, die dann aber nicht weiter bearbeitet werden. Die Wirkung kann aber auch die Substanz der materiellen Politik betreffen, wenn der politische Handlungsbedarf anerkannt wird und das Problem zum Anlaß von Policyinitiativen oder konkreten Entscheidungen gemacht wird, oder wenn es in das Problemrepertoire oder die Zieldiskussion politischer Parteien eingeht. Gegenstand der empirischen Untersuchung der politischen Agenda sind die Themen des parlamentarischen Diskurses, wie sie sich in unterschiedlichen Dokumenten, z.B. Protokollen von aktuellen Stunden und Anfragen an die Regierung und den Regierungserklärungen niederschlagen, sowie die Themen des Diskurses in den Parteien, wie er sich in den Partei- und Wahlprogrammen manifestiert.

Die Grundannahmen und theoretischen Begründungen der hier konzeptualisierten Untersuchung sowie das Design, mit dem wir die Forschungsfragen bearbeiten wollen, knüpfen an den Stand der Forschung an, die wir im folgenden in bezug auf vier Perspektiven in der Öffentlichkeitssoziologie, der Massenmedien- und der politischen Kommunikationsforschung bearbeiten. Wir diskutieren nachfolgend (1) die Begründung für unsere Sicht von Medien als politischen Akteuren; (2) die Forschungen zu spezifischem Medienhandeln in bezug auf die Problemdefinitionen und Akteursbewertungen; (3) die Agenda-Building Forschung als theoretische Perspektive politischer Medienwirkungen; und (4) Konstellationen von Fokussierung und Konsonanz als Voraussetzungen der Mesoebene für politische Responsivität auf die kollektive Medienstimme.

2. Grundannahmen und Forschungsstand

2.1. Medien als politische Akteure

Angesichts der Anzahl zu beteiligender Bürger und der komplexen Problemlagen moderner Demokratien postulieren neuere Ansätze deliberativer Demokratietheorien eine zunehmende Arbeitsteilung und Spezialisierung in der politischen Kommunikation (Page et al. 1987; Page 1996a). Das betrifft sowohl politische Entscheidungen und Programme als auch deren Vermittlung. Zu den Spezialisten der Vermittlung politischer Probleme gehören neben den Kommunikationsexperten im politischen System vor allem die Medien. Öffentliche Kommunikation, im Sinne der von einem potentiell großen Publikum wahrnehmbaren Präsentation, und der im Prinzip offene Austausch von Themen und Meinungen, werden von den Massenmedien getragen (Page 1996a: 3). Die Massenkommunikation kann damit "als funktionales Erfordernis einer Demokratie" (Holzer 1971) gesehen werden. Gurevitch und Blumler (1990) erweitern das Konzept medialer Funktionalität für die Demokratie, indem sie für die Medien über den Vermittlungsauftrag hinaus weitere Funktionen spezifizieren. Demnach sind Medien Umweltbeobachtungssysteme, die auf gesellschaftliche Problemlagen und Konflikte aufmerksam machen, diese aktiv thematisieren und Verantwortlichkeiten an das politische System adressieren.

Aus dieser Sicht kommt den Medien eine aktive Rolle im politischen Kommunikationsprozeß zu. Ihre Thematisierungsleistung beruht auf aktiven Selektionen und Konstruktionen: Informationen müssen gesucht, ausgewählt, bearbeitet und aufbereitet werden. Dabei ist der professionelle Anspruch, im Hinblick auf diese Eigenaktivitäten unparteiisch und möglichst "objektiv" als verlässliche Chronisten des Weltgeschehens vorzugehen. Eine eigenständige Meinungsäußerung ist nur unter der Bedingung konzidiert, daß eine für das Publikum deutlich erkennbare Trennung von Nachricht und Meinung eingehalten wird. Unter professionellen und berufsethischen Kriterien erhalten die Akteure im Mediensystem mit dem Genre des Kommentars ein ausdrückliches Mandat zu öffentlicher Meinungsäußerung. Indem sie ständig und erkennbar auf eigene Rechnung kommentieren, nehmen die Medien das Recht wahr, sich als politische Akteure darzustellen (Page 1996b).

Aus unseren Vorrecherchen ergibt sich, daß in Deutschland in Kommentaren in der Regel nicht die Relevanzzuschreibungen und Individualmeinungen einzelner Journalisten veröffentlicht werden, sondern die mehr oder weniger kollektiven Ansichten der Redaktion. Redaktionen werden dabei als “organisierte Sozialsysteme” gesehen, in denen beruflich gearbeitet wird, und die das Handeln in spezifischen Berufsrollen strukturieren (Rühl 1980: 70ff). Kommentare stellen damit - zumindest im deutschsprachigen Bereich und in deutlichem Gegensatz zur angelsächsischen Journalismustradition - überwiegend Resultate von Konsensbildungsprozessen in Redaktionen dar. Man kann davon ausgehen, daß Medien ihre Meinungsbeiträge als Aushängeschild betrachten, mit dem sie sich auf dem Publikumsmarkt in bestimmter Weise politisch positionieren wollen. In Kommentaren können sie ihre *”redaktionelle Linie”* am deutlichsten zum Ausdruck bringen (Hagen 1992; Schönbach 1977; Kepplinger 1995; Kepplinger et al. 1989). Solche “redaktionellen Linien” entsprechen bestimmten politischen Fraktionierungen im Publikum und werden insofern auch vom Markt stabilisiert.

2.2. Dimensionen von Medienhandeln in Kommentaren: Themen, Akteure und Meinungen

Aktives Medienhandeln impliziert zunächst die Auswahl von Themen. Themen in Kommentaren können entweder längerfristige gesellschaftliche Problemlagen und Konflikte aufgreifen oder auf kurzfristige, punktuelle Ereignisse im politischen Prozeß reagieren. Auf jeden Fall gilt: Wird ein Thema aus dem breiten Strom ständig anfallender Nachrichten für die Kommentierung ausgewählt, so bedeutet das eine Stimulierung öffentlicher Aufmerksamkeit und eine politische Relevanzzuschreibung. Innerhalb von größeren Themenkomplexen kann die Auswahl oder Akzentuierung bestimmter Unterthemen oder Aspekte eine themeninterne Relevanzstruktur anzeigen. Die Hervorhebung von Unterthemen oder die Akzentuierung von Themenaspekten etabliert bestimmte Interpretationen und Deutungsmuster und damit eine implizite Bewertung, die auch unter dem Stichwort *”Framing”* diskutiert wird (vgl. Goffmann 1974, Kahnemann/Tversky 1984; Snow et al. 1986; Iyengar 1991; Price/Tewksbury 1995, Gamson

1992)¹. Empirische Arbeiten zeigen, wie durch die Verwendung unterschiedlicher Deutungsrahmen bestimmte Meinungen und Bewertungen transportiert werden können (Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998; Iyengar 1991). Kepplinger et al. gehen sogar so weit, zu behaupten, daß die "instrumentelle" Gewichtung bewertungsrelevanter Dimensionen eines Themas einen stärkeren Effekt hat als die explizite Bewertung (Kepplinger et al. 1989: 207). Die Hervorhebung bestimmter Themen oder Themenaspekte kann auch für die Beurteilung politischer Akteure konsequenzenreich sein. In diesem Zusammenhang wird von Priming und Priming-Effekten gesprochen. Priming bezieht sich auf eine durch Medienberichterstattung induzierte Aktivierung der Bewertungsmaßstäbe für politische Akteure oder Sachverhalte (Iyengar/Kinder 1987; Krosnick/Kinder 1990; Iyengar 1992). Diese Bewertungen sind insbesondere im Hinblick auf die Performanz politischer Akteure insgesamt oder in einem spezifischen Politikfeld relevant und können mittelfristig auch deren politische Unterstützung im Publikum beeinflussen. Diesen Aspekten werden wir in einer dem Gesamtprojekt integrierten Kontrollstudie nachgehen (siehe unten).

Auch das Ensemble von Akteuren und die Konstellierung von Akteursbeziehungen, die in der Kommentierung eines spezifischen Sachverhalts hervorgehoben werden, impliziert eventuell folgenreiche Relevanzzuweisungen im politischen Prozeß. Da politische Akteure - und das gilt sowohl für wählbare politische Funktionsträger als auch für Interessensvertreter außerhalb des parlamentarischen Systems und für soziale Bewegungen - auf die Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit über die Medienberichterstattung angewiesen sind, ist ihre Sichtbarkeit in Kommentaren selbst bei negativer Beurteilung bedeutsam (Graber 1989: 236). So zeigt Hagen in einer Untersuchung der Medienberichterstattung zur Volkszählung, daß Medienmeinung nicht so sehr durch eigene Meinungsäußerungen oder einen Bias in der Auswahl von Argumenten transportiert wird, sondern insbesondere durch die Auswahl "opportuner Zeugen" (Hagen 1992). Die wiederholte Nennung von Akteuren in bestimmten thematischen Kontexten

¹ Frames sind als Deutungsrahmen für ein Ereignis oder ein Thema definiert, die dessen Interpretation entsprechend leiten und bestimmte Politikoption nahelegen. Das Konzept wurde ursprünglich im Rahmen von Arbeiten zu sozialen Bewegungen verwendet: "They frame, or assign meaning to and interpret, relevant events and conditions in ways that are intended to mobilize potential adherents and constituents, to garner bystander support, and to demobilize antagonists" (Snow/Benford 1988: 198). In anderen Kontexten wurde das Framing-Konzept verwendet, um "choices under risk" (z.B. Kahneman/Tversky 1984) oder die Effekte von Frageformulierungen in Umfragen (Iyengar 1991: 11) zu untersuchen.

sowie damit verbundene Interpretationen der Akteursbeziehungen (z.B. im Sinne von Freund-Feind Konstellationen oder konflikthafter "Koalitionen") können bereits eine evaluative inhaltliche Aussage darstellen. Das kann insofern konsequenzenreich für den jeweiligen politischen Akteur sein, als durch entsprechende Kombinationen von Thema, Akteur und Akteurskonstellationen politische Verantwortungen zugeschrieben werden (Iyengar/Kinder 1987: 84f; vgl. auch Iyengar 1991).

In bezug auf Meinungen in Kommentaren zeigen verschiedene Studien, daß sich die Medien auf der das politische Spektrum abbildenden Links-Rechts-Skala verorten lassen (Schönbach 1977; Kepplinger 1985; Hagen 1992). Voltmer (1997) kann dieses Bild differenzieren, indem sie zeigt, daß sich die Meinungen der Medien nicht für alle Politikfelder in gleicher Weise auf dem Links-Rechts-Kontinuum verteilen. Vielmehr macht ihre Analyse der Medienberichterstattung im Bundestagswahlkampf 1990 deutlich, daß die untersuchten Medien je nach Politikfeld unterschiedliche ideologische Grundpositionen bezogen auf die Ziele staatlichen Handelns einnehmen. Dies bedeutet, daß die Meinungen der Medien nach Policy-Bereichen variieren, so daß eine pauschale Parteienaffinität eines Mediums nicht behauptet werden kann. Die jeweilige ideologische Grundposition eines Mediums läßt sich vielmehr, so Voltmer, als ein mehrdimensionales Konstrukt, bestehend aus den Positionen zu unterschiedlichen politischen Grundkonflikten, begreifen. Diese Grundkonflikte können im Sinne des Framing-Ansatzes als abstrakte und themenübergreifende Interpretationsrahmen für politische Issues und konkrete Policy-Optionen betrachtet werden, die von den Akteuren im politischen Diskurs zur Begründung ihres Handelns herangezogen werden.

2.3. Resonanz im politischen System

Eine vielversprechende theoretische Perspektive in bezug auf die Resonanz von Medienmeinungen im politischen System liegt in Ansätzen des Agenda-Building oder auch Policy-Agenda-Setting. Gemeint ist der Prozeß "through which the policy agendas of political elites are influenced by a variety of factors, including media agendas and public agendas" (Rogers/Dearing 1988: 556). In der Agenda-Building Forschung wird Medien eine Wirkung in dem Sinne zugeordnet, daß ein starker Einfluß der Medien auf

das Publikum Rückwirkungen auf das Verhalten der politischen Entscheidungsträger hat (Pritchard 1992: 105). Nach Gerhards (1991) ergibt sich ein Einfluß von Medien auf die Politikagenda, weil die politischen Akteure nur ungenügende Information über die Politikpräferenzen der Bevölkerung haben. Die Medienberichterstattung stellt für politische Akteure einen Ersatzindikator öffentlicher Meinung dar (Fuchs/Pfetsch 1996: 12; Pfetsch 1993; vgl. auch Kennamer 1992: 2; Pritchard 1992: 105; Sigal 1973, Entman 1989). Es sei insofern rational für die politischen Eliten, sich zur Maximierung von Stimmen und zur Erreichung von Entscheidungspositionen an der Medienberichterstattung zu orientieren (Gerhards 1991: 6f).

Den politischen Akteuren kann die massenmediale Kommunikation als eine Art "Rückkopplungsinstanz" dienen, um zu überprüfen, wie die Problemidentifikationen und Lösungsvorschläge der Politik ankommen und "was politisch durchsetzbar ist und was nicht" (Fuchs/Pfetsch 1996: 13). Medien sind daher ein "sensibles und schnell reaktionsfähiges System" und im Vergleich zu demoskopischen Umfragen ein informationshaltigeres Instrument der Stimmungs- und Erfolgskontrolle. Printmedien haben den Akteuren zufolge eine etwas größere Bedeutung als die elektronischen Medien, was an der besseren Verarbeitbarkeit liegen kann, aber auch der höheren "Informationstiefe von Zeitungskommentaren", so daß das Regierungssystem dort "instruktivere Informationen für seine Entscheidungstätigkeit erhält" (Fuchs/Pfetsch 1996: 23). Bedeutung für politisches Handeln können insbesondere solche Thematisierungen in der Medienberichterstattung erlangen, die als Prozesse des Inter-Media-Agenda-Setting ablaufen (Noelle-Neumann/Mathes 1987). Neben der kontinuierlichen Beobachtung der Medienberichterstattung durch die politischen Entscheidungsträger deuten auch Umfragen zum Informations- und Entscheidungsverhalten unter Abgeordneten darauf hin, daß Politiker die Medienberichterstattung als Orientierung und Entscheidungshilfen in ihrer politischen Arbeit verwenden (zusammenfassend Gerhards 1991).

Studien zur Rolle der Medien im Agenda-Building Prozeß wurden vor allem in den USA durchgeführt. Meist handelt es sich um Fallstudien zu einzelnen Politikfeldern oder konkreten Ereignissen, bei denen Politiker nach ihrem Umgang mit Medienberichterstattung und ihrer Wahrnehmung des Medieneinflusses auf die Politik befragt wurden (vgl. Pfetsch 1993). Selten sind dagegen themenübergreifende Mehrebenen-

analysen, bei denen Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung mit einer Analyse politischer Handlungen oder Entscheidungen in Beziehung gesetzt werden. Sofern der Medieneinfluß auf die Politikagenda explizit abgefragt bzw. gemessen wurde, konnten die Erwartungen hinsichtlich eines Medieneinflusses auf das politische Handeln in der Mehrzahl der Studien bestätigt werden (Cohen 1973; Gilberg et al. 1980; Cook et al. 1983; Leff et al. 1986; Protess et al. 1987; Pritchard/Berkowitz 1993; Walker 1977; Gormley 1975²).

Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich dadurch, daß sich bei Vergleichen der Bevölkerungs- oder Medienagenda mit der politischen Agenda lediglich Zusammenhänge, aber kaum Kausalrichtungen nachweisen lassen. Ob die Medienberichterstattung lediglich auf die Politik reagiert und deren Themen aufgreift, oder selbständig Themen setzt, auf die die Politik dann unter bestimmten Bedingungen reagiert, ist jedoch eine theoretisch relevante Frage, die die Rolle der Medien als eigenständige politische Akteure betrifft. Empirisch ist dieser Frage nur durch eine Längsschnittanalyse unterschiedlicher Agenden beizukommen. Während die Hauptzielrichtung unseres Projektes dahin geht, die Resonanz von Medienmeinung im politischen System zu analysieren, erlaubt unser Design auch, die Resonanz der Medien als Folge der Themen und Meinungen auf der politischen Agenda zu erfassen. Verschiedene Studien im Bereich der politischen Kommunikation, der Öffentlichkeitsarbeit und der Wahlkampfkommunikation legen nahe, daß die Medien in ihrer Themensetzung und Meinung auf die thematischen Vorgaben und vorherrschenden Meinungen im politischen System reagieren. Eine Agenda-Building-Studie aus den Niederlanden (Kleinijenhuis/Rietberg 1995) belegt z.B. für den Bereich der Wirtschaftspolitik, daß die Medien eher der politischen Agenda folgen als umgekehrt. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommen Studien der politischen Öffentlichkeitsarbeit, die zeigen, daß die Themen und das Timing der Medienberichterstattung die Vorgaben politischer Akteure abbildet (Baerns 1985). Diese Einflußrichtung legen auch Untersuchungen der Thematisierungsleistungen der Medien in der Wahlkampfkommunikation (Mathes/Freisens 1989) nahe.

² Auch für die Gerichtspraxis ließen sich entsprechende Einflüsse feststellen (Pritchard 1986; Pritchard et al. 1987).

In modernen westlichen Demokratien dürfte sich die politische Resonanz von Pressekommentaren im politischen Diskurs der verfaßten Entscheidungsgremien und in den programmatischen Aussagen der politischen Parteien niederschlagen. Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist, daß sich die politische Agenda nicht in den Zielsetzungen und Entscheidungen lediglich der Bundesregierung erschöpft, sondern ein Konstrukt von Zielsetzungen und Policyalternativen unterschiedlicher Akteure im politischen System darstellt. Das Forum der politischen Resonanz der Medienstimme ist, was die kurzfristige Problemthematisierung angeht, die institutionalisierte Kommunikation des Parlaments. Die politische Agenda kann erfaßt werden, indem unterschiedliche Dokumente der Auseinandersetzung im Bundestag (z.B. Anfragen und aktuelle Stunden) sowie Regierungserklärungen analysiert werden. Die längerfristigen Resonanzen dürften im Diskurs der Parteien, der sich in Partei- und Wahlprogrammen manifestiert, feststellbar sein.

2.4. Wirkungsbedingungen: Fokussierung, Konsonanz und Persistenz von Medienmeinung

Mit Blick auf die politische Resonanz der Problemdiagnosen und Bewertungen in Kommentaren interessieren uns nicht einzelne Themen und Meinungen einzelner Medien, sondern die Themen*haushalte* und Meinungs*spektren*, die im Mediensystem insgesamt erzeugt werden und als Konstellationen auf der Mesoebene über längere Zeiträume stabil bleiben. Damit kommen drei Beziehungsvariablen ins Spiel, nämlich Übereinstimmungen bzw. Divergenzen im Hinblick auf Themen und Meinungen sowie deren Persistenz im Zeitverlauf. Es ist wenig wahrscheinlich, daß ein einzelner Kommentar umfassende politische Wirkung entwickelt. Erst durch das Zusammenspiel der Kommentierung unterschiedlicher Medienakteure werden die Bedingungen hergestellt, unter denen Medienmeinung wirksam werden kann. Die Übereinstimmungen und Divergenzen sowie ihre zeitliche Stabilität sind somit wichtige Wirkungsbedingungen, die die Aufnahme und Behandlung bestimmter Themen und Meinungen im politischen Entscheidungsprozeß bestimmen.

Wenn es um politische Medienwirkungen geht, so ist die Homogenität der Medienstimme eine wichtige Größe."A critical question, therefore, concerns whether - or to what extent - media outlets do in fact use their publications and broadcasts in a purposive and unified fashion to pursue policy objectives" (Page 1996b: 20). Verschiedene Autoren machen Konsonanz zur Voraussetzung der Wirkungen öffentlicher Meinung im politischen System (Neidhardt 1994a; Page 1996b). Der Begriff der Konsonanz wird in der Forschungsliteratur im allgemeinen in bezug auf beide Dimensionen öffentlicher Meinungsbildung, nämlich Themen und Bewertungen, verwendet. Für eine differenzierte Analyse des Wirkungspotentials von Kommentaren ist gleichwohl eine Trennung von Übereinstimmungen auf der Themenebene und Übereinstimmungen auf der Bewertungsebene angebracht, weil jeweils unterschiedliche Annahmen über öffentliche Meinungsbildung bzw. die Rolle und Wirkung von Medienmeinungen damit verbunden sind. Um diese Differenzierung auch begrifflich einzulösen, beziehen wir Konsonanz auf die *Bewertungsdimension*, d.h. wir definieren Konsonanz als *Übereinstimmung in den öffentlich geäußerten Positionen und Meinungen* zu einem Thema. Das Ausmaß, in dem Medien in den Kommentaren überhaupt die *gleichen Themen* ansprechen, zu denen Meinungen geäußert werden, bezeichnen wir als Fokussierung. Fokussierung mißt also Übereinstimmungen der Themenagenda, Konsonanz Übereinstimmungen von Meinungsäußerungen.

Die Differenzierung zwischen Fokussierung und Konsonanz ist u.E. folgenreich in bezug auf die Resonanzen von Medien im politischen Diskurs. So gehen wir davon aus, daß Fokussierungsdefizite, also die mangelnde *Themenübereinstimmung* im Mediensystem auf Fragmentierungen öffentlicher Meinung hindeuten und damit politische Wirkungschancen einbüßen (Jarren 1996). Die Diskussion über die Fragmentierung öffentlicher Meinung bezieht sich vor allem auf die elektronischen Medien, die seit der Dualisierung des Rundfunks die größten strukturellen und inhaltlichen Veränderungen erfahren haben (Holtz-Bacha 1997; Blumler 1997; Schulz 1997; Dahlgren 1995). Die Printmedien sind bislang von diesen Befürchtungen weitgehend ausgenommen. Gegen eine Zunahme von Fokussierungsdefiziten sprechen professionelle Aufmerksamkeitskriterien und Deutungsstrategien, die Gemeinsamkeit berufs- und organisationsspezifischer Interessenlagen, die wechselseitige Beobachtung und Orientierung der Medien aneinander (Inter-Media-Agenda-Setting) sowie die dabei beobachtete Meinungsführer-

schaft einiger Prestigemedien (Noelle-Neumann/Mathes 1987: 402; Kepplinger 1985: 19). Für eine Zunahme von Fokussierungsdefiziten spricht gleichwohl, daß sich durch die Expansion der elektronischen Medien auch für die Printmedien die Wettbewerbssituation verschärft hat und die einzelnen Printmedien gezwungen sind, sich mit einem prägnanten Themenspektrum stärker zu profilieren.

Das Ausmaß an Übereinstimmung verschiedener Medien in bezug auf die *Meinung* zu einem Thema kann als Indikator für das gesellschaftliche Konfliktpotential bei politischen Problemen angesehen werden. Die Parteinahme kann sich entweder entlang der gesellschaftlich verankerten Strukturen des etablierten Parteienspektrums formieren oder sich an den im Parteiensystem nicht repräsentierten Gruppen im Bewegungsbereich orientieren. Im ersten Fall ist - im Sinne der klassischen Links/Rechts-Konfliktlinie - von einer Dissonanz zwischen den eher auf der linken und den eher auf der rechten Seite des politischen Spektrums angesiedelten Medien auszugehen, im zweiten Fall kann sich (gegen die Positionen der etablierten Parteien) entweder eine hohe Konsonanz zwischen allen Medien ergeben, oder es zeigen sich Konsonanzen zwischen unterschiedlichen politischen Lagern zugerechneten Medien (z.B. Welt und FR), sofern die Konfliktlinie im Mediensystem quer zu den Parteiaffinitäten der einzelnen Medien - zum Beispiel im Sinne der neueren Konfliktlinie "Materialismus" versus "Postmaterialismus" (Fuchs 1991) - verläuft. Wir gehen von der Annahme aus, daß die in Kommentaren verschiedener Medien durch Vergleich ermittelbaren Konsonanzmuster einen Einfluß auf die Wirkungschancen insofern haben, als sie die *Richtung* politischer Effekte beeinflussen. Bei hohem Fokussierungsgrad sind zwar - ceteris paribus - relativ starke Agendaeffekte im politischen System zu erwarten (siehe oben), aber mit geringer Konsonanz "paralisiert" sich das Mediensystem im Hinblick auf die Inhalte politischer Programme. Damit sinkt die Wahrscheinlichkeit gleichlaufender Programm- bzw. Entscheidungseffekte im politischen System. Konsonanzen zwischen Medien- und Politiksystem werden sich allenfalls auf niedrigerer Ebene, nämlich bei den Parteien und politischen Lagern, abzeichnen - und zwar bei jenen Parteien und politischen Lagern, denen einzelne Medien mit ihrer je spezifischen "redaktionellen Linie" nahe stehen.

Je nach Ausmaß von Fokussierung auf der einen und Konsonanz auf der anderen Seite ergeben sich verschiedene Konstellationen, die - so unsere Annahme - auch die jeweiligen Wirkungschancen auf den politischen Prozeß bzw. die Wechselwirkung zwischen Medien und politischem System beeinflussen können. Die Wirkungsannahmen in bezug auf die Konstellationen der Kommentierung lassen sich vereinfacht wie folgt darstellen:

Schaubild 1: Wirkungsannahmen in bezug auf Konstellationen der Kommentierung

	Fokussierung	
Konsonanz	hoch <i>(viele Medien thematisieren gleiches Problem)</i>	niedrig <i>(wenig Medien thematisieren gleiches Problem)</i>
hoch <i>(viele Medien vertreten gleiche Meinung)</i>	1. Problembearbeitung mit höchster Wahrscheinlichkeit - in Richtung der Medienstimme	3. Problembearbeitung nur unter bestimmten Umständen (nach Thema und thematisierendem Medium) - mit selektiven Richtungseffekten
niedrig <i>(wenig Medien vertreten gleiche Meinung)</i>	2. Problembearbeitung mit hoher Wahrscheinlichkeit - mit disparaten Richtungseffekten	4. Keine Problembearbeitung

In einer Situation hoher Fokussierung und hoher Konsonanz (1.) erwarten wir aufgrund der ausgeprägten Homogenität im Mediensystem, daß starker politischer Druck entsteht und das entsprechende Problem vom politischen System mit hoher Wahrscheinlichkeit und in Lösungsrichtungen hinein bearbeitet wird, die der konsonanten Medienstimme entsprechen. Wenn dagegen ein Problem zwar von mehreren Medien übereinstimmend im Kommentar aufgegriffen wird, hierzu aber unterschiedliche Meinungen vertreten werden (2.), ist die Chance, daß das entsprechende Problem Eingang in den politischen Diskussionsprozeß findet, zwar immer noch überdurchschnittlich hoch, aber die Resonanzeffekte sind disparat und wahrscheinlich, je nach der "redaktionellen Linie" des Mediums, parteien- bzw. lagerspezifisch. Wird ein Problem nur von wenigen Medien übereinstimmend angesprochen, vertreten diese wenigen Medien jedoch in bezug auf das Problem eine übereinstimmende Meinung (3.), so ist die Chance einer politischen Bearbeitung von weiteren Bedingungen abhängig. Dabei dürfte eine Rolle spielen, welche spezifischen Probleme von welchen Medien angesprochen werden und zwischen welchen Medien mit welcher politischen Lageraffinität Konsonanz in bezug

auf dieses Probleme entsteht. Zeigt sich dagegen bei geringer Fokussierung auch nur eine niedrige Übereinstimmung auf der Meinungsebene (4.) - d.h. die Medien behandeln eine Vielzahl und zudem keine übereinstimmenden Themen oder sie zeigen keine Einigkeit in bezug auf die wenigen übereinstimmenden Themen -, so entsteht im Mediensystem zwar viel "Geräusch", aber kein politischer Druck.

Die hier entwickelten Konstellationen von Fokussierung und Konsonanz können kurzfristiger oder langfristiger Natur sein. Gerade in bezug auf die politischen Wirkungen von Kommentaren spielt die zeitliche Dimension, d.h. die Dauer von Fokussierungen und Meinungskonsonanzen in den Medien, eine zentrale Rolle. Nur durch eine längsschnittliche Betrachtung läßt sich die Stabilität dieser Konstellationen und der Verlauf der einzelnen Problemkarrieren innerhalb des Mediensystems (Inter-Media-Agenda-Setting) überprüfen. Die dynamische Betrachtung kann zeigen, ob es richtig ist, anzunehmen, daß die "issue-attention cycles" (Downs 1972) im Mediensystem relativ kurzfristig ablaufen (Funkhouser 1973) und die "Halbwertzeiten" auf der Medienagenda deutlich niedriger liegen als auf der politischen Agenda (Kingdon 1984:61-64) - ein Zusammenhang, der für die politische Wirkung von Medien von enormer Bedeutung ist. Wir nehmen an, daß die Zusammenhänge, die im Schaubild 1 postuliert werden, insbesondere bei einer hohen Persistenz der jeweiligen Fokussierungs- und Konsonanzkonstellation, sichtbar werden.

Betrachtet man die Merkmale der Themenhaushalte im Mediensystem insgesamt, so ist mit Blick auf die Rolle der Medien als politische Akteure der Umfang gemeinsamer Themen und Meinungen von Bedeutung. Wenn in den Medien viele Themen hoch fokussiert, also übereinstimmend thematisiert werden, wenn sich also die Medien auf ein großes gemeinsames Themenrepertoire konzentrieren und hierzu übereinstimmende Meinungen äußern, so haben wir es mit einer hochintegrierten und in der Bewertung einheitlichen Medienstimme zu tun. Es erscheint als unwahrscheinlich, daß diese Konstellation in demokratischen Gesellschaften häufig erkennbar wird. Umso mehr interessiert uns, bei welchen Themen diese Konstellation dennoch auftritt, d.h. welche gesellschaftlichen Konfliktlagen und Probleme gemeinsam als dringlich etikettiert und einheitlich bewertet werden. Im Gegensatz dazu führt eine Konstellation von umfangreichen gemeinsamen Themenhaushalten und geringer Konsonanz zu einer Struktur

öffentlicher Meinung, die zwar integriert in bezug auf viele gemeinsame Themen, gleichwohl aber heterogen in bezug auf die Meinungen zu diesen Themen ist. In dieser Situation repräsentiert die Struktur der Medienöffentlichkeit nicht nur den pluralistischen Charakter der Gesamtgesellschaft, sondern bildet wahrscheinlich auch die Konfliktkonstellationen im politischen System und die Interessenskonstellationen von gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen ab. Dies dürfte insbesondere für sog. Positionsisues gelten (Butler/Stokes 1969).

Eine hohe Fragmentierung der Medienöffentlichkeit, die man mit einer desintegrierten und in ihrer Struktur heterogenen öffentlicher Meinung gleichsetzen kann, indiziert einen anomischen Zustand öffentlicher Meinungsbildung. Eine öffentliche Kommunikation, die aufgrund gemeinsamer Themen und Meinungen, aufeinander Bezug nehmen und auch für das politische System Anschlußfähigkeit gewährleisten könnte, kommt unter solchen Bedingungen nicht zustande. Im Gegensatz dazu kann für Situationen, bei denen die Medien nur wenige Themen gemeinsam aufgreifen, gleichwohl aber einheitlich kommentieren bzw. bewerten, von einer selektiven Konsonanz weniger Schlüsselthemen gesprochen werden. Wir interessieren uns dafür, für welche Thementypen dieses zutrifft.

Mit diesen Annahmen bewegen wir uns jenseits des konsolidierten Forschungsstandes, halten es aber für wichtig, ihn in die genannte Richtung zu qualifizieren und dann auch zu einer bislang unterentwickelten Theoriebildung beizutragen.

3. Fragestellung und Untersuchungsdesign

3.1. Fragestellung

Das Projekt hat zwei empirische Zielrichtungen. Erstens will die Untersuchung die "eigenständige Stimme der Medien" im öffentlichen Diskurs beschreiben und analysieren (Hauptprojekt I/Kommentaranalyse). Untersuchungsgegenstand sind Pressekommentare, die für die Aufmerksamkeitslenkung der Medien auf einerseits längerfristige politische Problemlagen und "concerns" des Publikums, andererseits für kurzfristige Reaktionen auf aktuelle Ereignisse im politischen System stehen. Die Rekonstruktion

kollektiver Themenagenden und Meinungen in Kommentaren überregionaler Tageszeitungen soll als Variable der Mesoebene politischer Kommunikation zeigen, in welchen Bereichen thematische Fokussierungen, Konsonanzen und Persistenzen entstehen. Zweitens untersucht das Projekt, unter welchen Bedingungen die Relevanzzuweisungen und Problemdeutungen der Medien im politischen System Resonanz finden. Die Annahme ist, daß die Wahrscheinlichkeit der politischen Wirkung im Ausmaße der in Kommentarvergleichen meßbaren Fokussierungen, Konsonanzen und Persistenzen im Mediensystem steigt. Mit der Methode der quantitativen Inhaltsanalyse sollen die Kommentare überregionaler Tageszeitungen in längsschnittlicher Perspektive in der Periode zwischen 1993 und 1998 untersucht werden.

Der zweite Untersuchungsschritt besteht in der Rekonstruktion der politischen Agenda, wie sie sich in der parlamentarischen Auseinandersetzung und in den Positionen der Parteien manifestiert (Hauptprojekt II/Resonanzstudie). Welche Dokumente zur Rekonstruktion der politischen Agenda herangezogen werden, ist noch nicht abschließend geklärt und wird Gegenstand weiterer Recherchen unserer Arbeitsgruppe sein. Diese Recherchen werden während der Antragsprüfung durch die DFG durchgeführt und aus WZB-Mitteln finanziert. Untersuchungsgegenstand und Indikator für kurzfristige Reaktionen im politischen System auf Fokussierungen und Meinungskonsonanzen in den überregionalen Tageszeitungen können die Protokolle von Bundestagsdebatten, aktuellen Stunden, Anfragen im Bundestag und Regierungserklärungen sein. Indikator für die mittelfristige Aufnahme mehr oder weniger fokussierter Problemwahrnehmungen und mehr oder weniger konsonanter Meinungen der Medien in die politische Agenda sind Parteiprogramme und große Regierungserklärungen.

Ein Vergleich von Kommentaragenda und politischer Agenda soll Aufschluß über das wechselseitige Einflußpotential von Medien und Politik geben, wobei die Einflußrichtung von Medien auf die politische Agenda im Mittelpunkt unseres Interesses steht. Die Hauptuntersuchung besteht also aus zwei Teilen: I. der Kommentaranalyse und II. der Resonanzstudie.

Mit Hilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse von Pressekommentaren und politischer Agenda sollen im einzelnen folgende Fragen empirisch untersucht werden:

1. Welche Themen werden in den Kommentaren aufgegriffen, welche Meinungen und Positionen werden dabei geäußert, und welche Akteure werden in diesem Zusammenhang angesprochen und wie bewertet?
2. Wie entwickeln sich Themen und Meinungen in den verschiedenen Zeitungen über die Zeit? Welche Themen und Akteure besetzen in welchen Zeitungen über längere Zeit die Kommentargaraganda, welche sind eher "flüchtig"?
3. In welchem Maße ergeben sich bei Beobachtung mehrerer Medien Themenfokussierungen und Meinungskonsonanzen in den untersuchten Ausschnitten des Mediensystems? In bezug auf welche Themen, Akteure und politische Positionen sind zwischen den Medien Übereinstimmungen stark bzw. schwach ausgeprägt, und wie stabil sind Themenfokussierungen und Meinungskonsonanzen über die Zeit?
4. Welche Themenfokussierungen und Meinungskonsonanzen finden Resonanz im politischen System, indem das Problem auf der politischen Agenda erscheint und in bestimmte Richtungen hinein bearbeitet wird?

Bei der Bearbeitung der genannten Fragestellungen wird uns die Messung von Themenfokussierung und Meinungskonsonanz besondere Schwierigkeiten bereiten. Themen und Meinungen können auf unterschiedlichem Abstraktionsniveau erfaßt werden. Je abstrakter die Inhaltsanalyse ansetzt, umso eher werden zwei kommentierte Sachverhalte oder Ereignisse unter ein gemeinsames Thema subsumiert und umso eher werden zwei Meinungsäußerungen als übereinstimmend eingestuft. Mit zunehmendem Abstraktionsniveau sind somit höhere Fokussierungs- und Konsonanzmaße zu erwarten. Je differenzierter jedoch Themen und Meinungen erfaßt und miteinander verglichen werden, um so geringer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie als übereinstimmend erscheinen. Mit höherem Differenzierungsgrad sind demnach niedrigere Fokussierungs- und Konsonanzmaße zu erwarten.

Um das ohnehin sehr breite Erhebungsprogramm überhaupt bearbeiten zu können (siehe unten), werden wir im Hauptteil unserer Untersuchung auf relativ allgemeiner Ebene Themen und Meinungen bestimmen müssen. Wir rechnen damit, daß sich dabei zum Teil relativ starke Themenfokussierungen und Meinungskonsonanzen zeigen, die sich bei einer differenzierteren Erfassung auf deutlich niedrigerem Niveau bewegen würden.

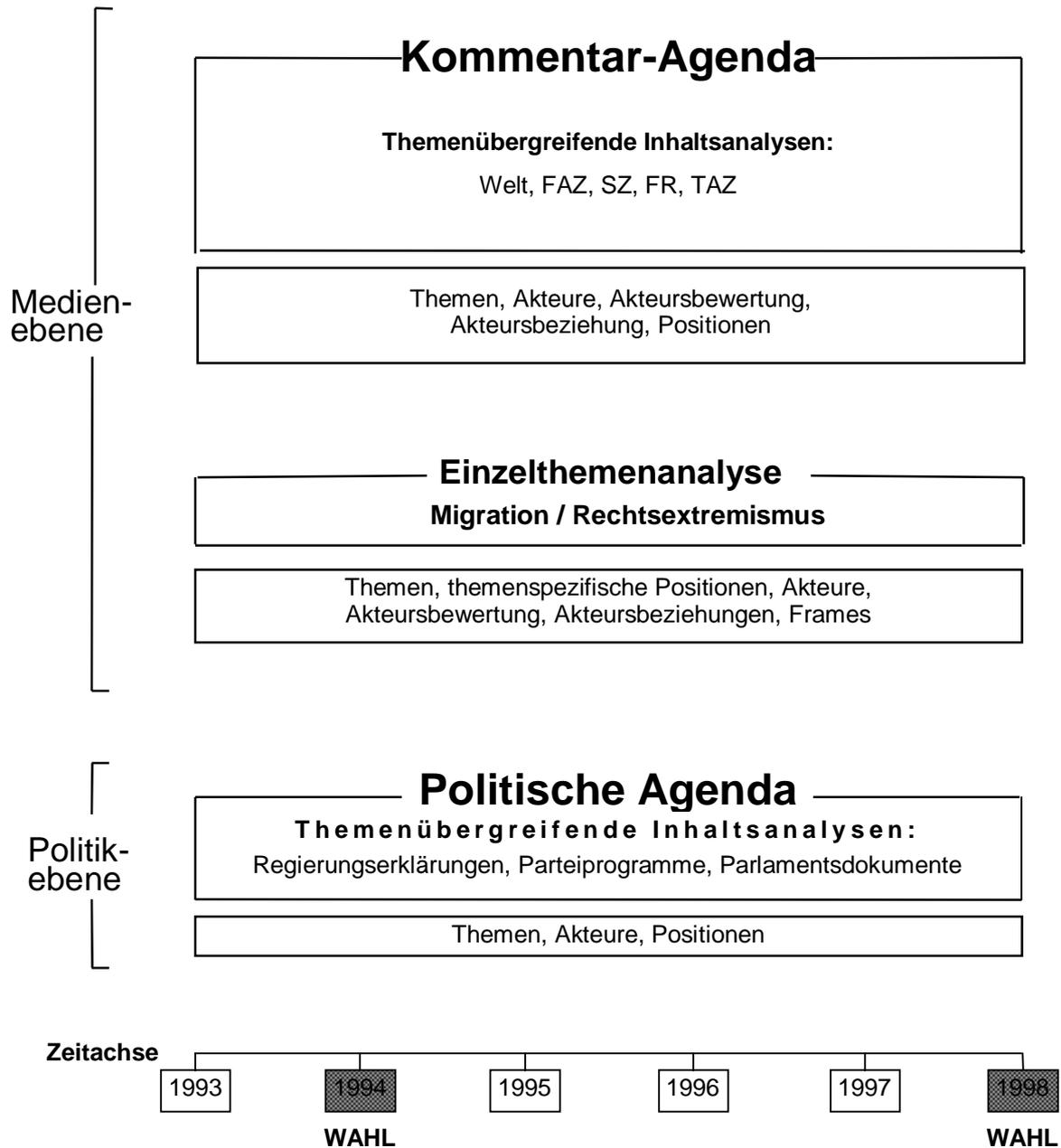
Um kontrollieren zu können, inwieweit durch unsere relativ abstrakte Erfassung von Thema und Meinung das Ausmaß an tatsächlicher Übereinstimmung von kommentiertem Sachverhalt und Meinung überschätzt wird, werden wir in einer zusätzlichen Evaluationsstudie zum Themenkomplex Migration/Ausländer/ Rechtsextremismus mit feineren Messungen durchführen (Evaluationsstudie III). Dieser Projektteil dient der Kontrolle der Themen- und Bewertungsuntersuchung. Der dabei gewählte Themenbereich wurde einerseits deshalb gewählt, weil er durch seine Konflikthaftigkeit von besonderer politischer Bedeutung ist, andererseits aber auch deshalb, weil für diesen Bereich Dr. Ruud Koopmans in der WZB-Abteilung "Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" Studien mit einem Instrument durchführt, dessen differenzierte Themen- und Unterthemenerfassung sowie dessen Bewertungsmessungen im Rahmen des Framing-Konzeptes sich bereits empirisch bewährt haben (siehe unten).

3.2. Untersuchungsdesign

Mit der Kommentaranalyse, der Resonanzstudie und der Evaluationsstudie umfaßt unser Vorhaben drei Teile: In der Kommentaranalyse der Hauptuntersuchung (I) wird zunächst die "reine Medienstimme" analysiert. Hierfür werden die Kommentare in den fünf überregionalen Tageszeitungen (FAZ, FR, SZ, Welt, TAZ) in bezug auf Themen, Akteure und Meinungen inhaltsanalytisch erfaßt sowie das Ausmaß an Fokussierung und Konsonanz zwischen den Medien sowie ihre Persistenz ermittelt. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1993 bis 1998. In einem zweiten Schritt gehen wir mit der Resonanzstudie (II) der Frage nach den vermuteten Medieneffekten im politischen System nach. Zu diesem Zweck wird die Kommentaragenda in Beziehung zur ebenfalls inhaltsanalytisch ermittelten politischen Agenda gesetzt. Diese beiden Projektteile, Kommentaranalyse und Resonanzstudie, werden ergänzt durch eine Evaluationsstudie (III), mit Hilfe derer wir einige im Rahmen der Hauptuntersuchung wegen ihres abstrakteren Zuschnitts nicht zu klärende Fragen zur Fokussierungs- und Konsonanzmessung beantworten wollen. In dieser Evaluationsstudie, einer themenspezifischen Feinanalyse, soll ein tieferer Einblick in die Bewertungsstrategien der verschiedenen Zeitungen zu einem Thema und in das Ausmaß der Übereinstimmungen zwischen diesen auf themenspezifischer Ebene gewonnen werden. Zusätzlich wird die politische Resonanz in bezug auf dieses Thema entsprechend differenziert untersucht.

Schaubild 2: Untersuchungsdesign

Untersuchungsdesign



Die Kommentaranalyse soll alle Kommentare mit Bezug zu Deutschland umfassen. Ausgenommen sind Kommentare zur internationalen Politik ohne einen deutschlandpolitischen Bezug. Mit dieser Einschränkung wird die gesamte Vielfalt der Kommentargenda abgebildet. Zentraler Gegenstand der Erhebung sind die entsprechenden Kommentare der überregionalen Presse. Mehrere empirische Studien von politischen Positionsinhabern zeigen, daß etwa zwei Fünftel der Bundestags- und Landtagsabgeordneten die überregionalen Tageszeitungen als wichtig oder sehr wichtig für ihre Arbeit im Parlament einstufen (Puhe/Würzberg 1989: 40; Herzog et al. 1990: 76). Die Bedeutung der überregionalen Tageszeitungen schlägt sich auch in ihrer hohen Reichweite und Nutzungsdauer bei den politischen Akteuren nieder: Befragungen von Bundestags- und Landtagsabgeordneten deuten darauf hin, daß diese Gruppe überdurchschnittlich häufig und überdurchschnittlich lange überregionale Tageszeitungen liest (Herzog et al. 1990: 74; Puhe/Würzberg 1989: 40). Für den vorliegenden Kontext der Meinungsbildungsfunktion überregionaler Tageszeitungen ist relevant, daß politische Positionsinhaber nach den Politik- und Wirtschaftsnachrichten vor allem Interesse an der Kommentierung von überregionalen Tageszeitungen zeigen (Puhe/Würzberg 1989: 40).

Die Bedeutung der überregionalen Tageszeitungen ergibt sich ebenso aus der Tatsache, daß sich auch Journalisten anderer Medien an deren Berichterstattung orientieren. Die Bedeutung spezifischer Medien für die Meinungsbildung innerhalb eines Mediensystems wird mit "Inter-Media-Agenda-Setting"-Effekten begründet³. Für die Bundesrepublik läßt sich zeigen, daß die Meinungsführerrolle im Mediensystem bei Thematisierungsprozessen vor allem den überregionalen Tageszeitungen bzw. im alternativen Sektor der TAZ zukommt (Mathes/Pfetsch 1991). Kepplinger (1985: 19) kann demonstrieren, daß Journalisten vor allem die Frankfurter Allgemeine Zeitung (71%) und die Süddeutsche Zeitung (69%) und in etwas geringerem Umfang auch die Frankfurter Rundschau (46%) sowie die Welt (29%) "als sehr wichtig für die eigene Berichterstattung" einstufen. Man kann aus diesen Untersuchungen schließen, daß die Wirkung dieser überregionalen Tageszeitungen in der politischen Meinungsbildung auch in ihrer Orientierungsfunktion für andere Medien liegt.

³ Nach Halloran et al. (1970) kann das im Rahmen der Wirkungsforschung entwickelte Meinungsführerkonzept auch auf die Meinungsbildung innerhalb des Mediensystems angewandt werden.

Die überregionalen Tageszeitungen decken das politische Spektrum in Deutschland weitgehend ab, wobei die Welt die rechte Seite des Links-Rechts-Spektrums abdeckt, die TAZ die linke Seite dieses Spektrums⁴. Dazwischen lassen sich von rechts nach links die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und die Frankfurter Rundschau positionieren (Schönbach 1977; Kepplinger 1985; Hagen 1992; Donsbach/Wolling/Blomberg 1996⁵; etwas abweichend davon Voltmer 1997). "Da den überregionalen Tageszeitungen im bundesdeutschen Mediensystem die Rolle von 'Leitmedien' zukommt, deren Einschätzungen von 'Folgemedien' mit ähnlicher politischer Ausrichtung übernommen werden (Schulz/Kindelmann 1993), sind deren ideologische Präferenzen von weitreichender Bedeutung (Voltmer 1997: 174). Die überregionalen Tageszeitungen gewährleisten daher einen ökonomischen Zugriff auf die politisch wahrgenommene Themen- und Meinungsvielfalt im gesamten Mediensystem. Um die Meinungsvielfalt im Mediensystem abzudecken, sollen alle fünf überregionalen Tageszeitungen (Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Tageszeitung) in die Erhebung einbezogen werden.

Ausschlaggebend für die Auswahl *aller* überregionalen Tageszeitungen war das Interesse an den Übereinstimmungen und Divergenzen im Mediensystem. Die Auswahl von wenigen "typischen Vertretern" bestimmter politischer Richtungen erschien aufgrund der Zwischen- und Binnenvarianz von Themen und Bewertungen ungenügend. Zum einen hätte man damit statt einer empirischen Prüfung die Positionen als feste Größe angenommen (z.B. konservative Positionen in der FAZ, liberale in der SZ), zum anderen könnte man nicht mehr prüfen, ob die Zeitungen zu allen Themenbereichen entsprechend ihrer Verortung auf der Links-Rechts-Skala kommentieren oder ob bestimmte Politikbereiche davon ausgenommen sind.

Ein Vergleich der Themen, Akteure und Meinungen in den Kommentaren der fünf überregionalen Tageszeitungen gibt, so unsere Annahme, Aufschluß über das Ausmaß an Themenfokussierung und Meinungskonsonanzen im Mediensystem des Pressesek-

⁴ Die TAZ ist auf dem alternativen Sektor meinungsführend (vgl. Mathes/Pfetsch 1991).

⁵ Die Verteilung dieser Zeitungen über das politische Spektrum wurde hier nicht inhaltsanalytisch ermittelt, sondern ergab sich auch aus einer Expertenbefragung zur ideologischen Positionierung von Medien und Parteien. Nach Einschätzung von Journalisten ist demnach die Frankfurter Rundschau zwischen SPD und Grünen, die Süddeutsche Zeitung rechts von der SPD, die Frankfurter Allgemeine zwischen CDU und FDP und die Welt rechts von der CDU zu verorten (Donsbach/Wolling/Blomberg 1996).

tors. Um die Entwicklung der Themen und Meinungen der Kommentierung zu analysieren, ist es notwendig, Themen, Akteure, Meinungen und entsprechende Übereinstimmungen und Divergenzen zwischen verschiedenen Medien langfristig zu verfolgen. Auch für die Untersuchung der Frage nach der Resonanz der Medienstimme im politischen System ist eine langfristige Beobachtung der Kommentaragenda sowie der politischen Agenda erforderlich. Erst im Längsschnitt kann auch die Beziehung zwischen Medien und Politik im Sinne einer Vor- oder Nachzeitigkeit der Kommentierung bestimmter Streitfragen erfaßt werden. Das Ziel der geplanten Untersuchung ist es, die Medienmeinungen über einen Zeitraum von sechs Jahren zu untersuchen, da sich die generalisierbaren themenunabhängigen Muster von Fokussierung und Konsonanz um so zuverlässiger messen lassen, je länger der Untersuchungszeitraum angelegt ist. Auch mit Blick auf die Resonanzen von Fokussierung und Konsonanz im politischen System soll der Untersuchungszeitraum so groß wie möglich sein. Die Erfassung der politischen Agenda soll hier mindestens zwei Wahltermine umfassen, so daß auch mittelfristige Resonanzen auf Thematisierungen und Meinungen im Mediensystem, wie sie sich in den Partei- und Wahlprogrammen niederschlagen, erfaßt werden können. Geplant ist eine Analyse des Zeitraums von 1993 bis 1998. Dadurch wird mit weitgehend aktuellen Daten gearbeitet, und die Bundestagswahlen im Dezember 1994 und September 1998 sind im Untersuchungszeitraum eingeschlossen.

Aufgrund von bestehenden Restriktionen hinsichtlich finanzieller und zeitlicher Ressourcen kann die Untersuchung nicht als Vollerhebung angelegt werden. Geplant ist daher, eine Stichprobe zu ziehen, die in einem überschaubaren Zeitraum von etwa einem Jahr codiert werden kann, so daß die Laufzeit des Projekts den Zeitraum von 2,5 Jahren nicht übersteigt. Es sollen jeweils zwei dreimonatige Abschnitte aus jedem Jahr des Untersuchungszeitraums in die Stichprobe eingehen. Angefangen mit dem Jahr 1993 werden dann das erste und dritte Quartal im ersten Jahr und das zweite und vierte Quartal im zweiten Quartal codiert. Dieses Muster setzt sich in den Folgejahren fort:

1993	Jan./Feb./März		Juli/Aug./Sept.	
1994		April/Mai/Juni		Okt./Nov./Dez.
1995	Jan./Feb./März		Juli/Aug./Sept.	
1996		April/Mai/Juni		Okt./Nov./Dez.
1997	Jan./Feb./März		Juli/Aug./Sept.	
1998		April/Mai/Juni		Sept./Okt./Nov./Dez..

Die Verteilung der Stichprobenzeiträume über die sechs Jahre von 1993 bis 1998 ermöglicht es, die Zeitabschnitte der Kommentierung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 zu erfassen. Damit ist eine wichtige Bedingung für den Vergleich zwischen Kommentaragenda und politischer Agenda, die u.a. anhand von Parlamentsdokumenten wie Protokolle von aktuellen Stunden, Anfragen und Regierungserklärungen sowie von Parteiprogrammen erhoben werden soll, erfüllt. Um zumindest mittelfristige Themenkarrieren in den Medien nachvollziehen zu können, muß die Stichprobe längere zusammenhängende Zeiträume umfassen. Auch die Untersuchung von Fokussierung erfordert eine Stichprobe mit möglichst langen Zeiträumen, da die Kommentierung eines Themas in mehreren Zeitungen nicht notwendigerweise am gleichen Tag stattfinden muß, sondern um einige Tage verschoben sein kann. Je kleiner die untersuchten Zeiträume, desto größer die Gefahr, solche verschobenen Übereinstimmungen nicht zu erfassen, da einer der Kommentare nicht mehr in diesem Zeitraum liegt. Durch zu häufiges "Abschneiden" könnte somit das Fokussierungsausmaß unterschätzt werden. Vor diesem Hintergrund erschien ein Stichprobendesign auf der Basis von Monatsabschnitten zu kleinteilig. Die Lösung, jeweils ein zusammenhängendes Halbjahr pro Jahr zu untersuchen, und damit noch weniger Themenkarrieren abzuschneiden, hätte jedoch den Nachteil, daß dann wegen des Wechsels zwischen dem 1. und 2. Halbjahr in jedem Jahr des Untersuchungszeitraums jeweils ein komplettes Jahr zwischen diesen Stichprobenabschnitten nicht erfaßt würde.

Da die Dauer der Behandlung von Themen in den Medien stark variieren kann und sichergestellt werden muß, daß durch das quartalsweise strukturierte Stichprobendesign Themenkarrieren, die über drei Monate hinausgehen, nicht ausgeschlossen werden, soll die FAZ über den gesamten Zeitraum hinweg erfaßt werden. Auf diese Weise kann auch geprüft werden, ob die Themenfokussierung durch das "Abschneiden" der Beobachtungszeiträume unterschätzt wird. Die auf eine Zeitung beschränkte Vollerhebung dient damit als Evaluation der Stichprobe sowohl im Hinblick auf die Dauer von Themenkarrieren als auch im Hinblick auf die Fokussierungsmessung. Während der Antragsprüfung durch die DFG soll das Stichprobendesign im Hinblick auf diese Problematik getestet werden. D.h. es wird für jeden Quartalsabschnitt ermittelt, ob ein Thema einen erheblichen Vorlauf aufwies, der nicht in die Erhebung eingeht, bzw. über das erfaßte

Quartal hinaus auf der Medienagenda ist. Zeigt sich eine systematische Verzerrung der medialen Themenagenda und ihrer Dauer, so kann durch die Ergebnisse aus der Zusatzerhebung der FAZ über den gesamten Untersuchungszeitraum dieser Effekt eingeschätzt und gegebenenfalls kontrolliert werden.

3.3. Operationalisierung

Kommentaranalyse (I)

Im ersten Teil der Hauptuntersuchung sollen die Kommentare der fünf überregionalen Tageszeitungen in den oben beschriebenen Stichprobenzeiträumen zwischen 1993 und 1998 inhaltsanalytisch erfaßt werden. Untersucht werden ausschließlich Kommentare mit deutschland-politischem Bezug. Codiereinheit ist jeweils der ganze Beitrag. Aufgrund von umfassenden Pretests mit allen Kommentaren der zu untersuchenden Zeitungen aus dem Juni 1996 ist von einem Kommentaraufkommen von etwa 13 Kommentaren pro Tag auszugehen. Bei 6 Tagen pro Woche (die Sonntagsausgaben der Welt werden aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den anderen Zeitungen nicht berücksichtigt) fallen 78 Kommentare pro Woche und 2028 Kommentare pro Jahr an. Das ergibt eine Gesamtzahl von 12168 Kommentaren über den gesamten Untersuchungszeitraum. Die geplante Vollerhebung der FAZ mit etwa 3 Kommentaren pro Tag bedeutet einen Mehraufwand von 468 Kommentaren pro Jahr. Das ergibt für 6 Jahre 2808 zusätzliche Kommentare. Insgesamt sind demnach 14976 Kommentare zu codieren.

Das Kategoriensystem für die Inhaltsanalyse liegt bereits vor (vgl. Discussion Paper FS III 98-107) und hat sich im Reliabilitätstest bewährt. Neben den technischen und formalen Variablen umfaßt das Kategoriensystem die Variablenkomplexe *Thema*, *Akteure* und *Grundkonflikte* sowie einige inhaltliche Variablen, die zusätzliche Analyse-möglichkeiten eröffnen sollen. So ermöglicht der *“Anlaß der Kommentierung”* eine Untersuchung der Frage, ob Kommentare lediglich Reaktionen auf mehr oder weniger institutionalisierte Politikereignisse sind oder eigenständige Thematisierungsleistungen der Medien darstellen. Die Variable *“Themenfokus”* mißt den Personalisierungsgrad des Kommentars und kann später in Beziehung gesetzt werden zu bestimmten Akteuren und

Akteursbewertungen. Die *“Themenbehandlung”* klassifiziert die Kommentare danach, ob sie wertenden oder eher neutralen Charakter haben sowie in Anlehnung an die Sprechakttheorie nach der Illuktion, also der Art des Handelns, das hinter einer verbalen Aussage steckt.

Im Variablenkomplex *“Thema”* können pro Kommentar ein Haupt- und zwei Nebenthemen codiert werden. Die Themenliste ist eine leicht modifizierte Version aus dem empirisch bereits bewährten Instrument des in der WZB-Abteilung von Prof. Hans-Dieter Klingemann betriebenen, international vergleichenden *“Party-Manifesto”*-Projekts, in dem die Themen von Parteiprogrammen und Regierungserklärungen seit 1950 erfaßt werden. Die Modifikationen ergaben sich einerseits aus notwendigen *“Aktualisierungen”* des Instruments, andererseits aus der Notwendigkeit, die Themenerfassung mit der geplanten Feinanalyse des Themas Migration/Ausländer/ Rechtsextremismus kompatibel zu machen. Da die entsprechenden Themenausprägungen für diesen Komplex quer zu der an traditionellen Policybereichen orientierten Themenstruktur liegen, wurden sie in einen separaten Themenblock *“ausgelagert”* und an den Beginn der Themenliste gestellt, während die in Frage kommenden Ausprägungen in der Themenliste des *“Party-Manifesto”*-Projekts mit entsprechenden Spezifikationen versehen wurden.

Der *Akteursblock* des Kategoriensystems erlaubt die Erfassung von bis zu vier Akteuren. Es wird codiert, ob es sich um Einzelpersonen oder Gruppen bzw. Institutionen, um deutsche oder ausländische Akteure handelt, welches Amt bzw. welche Funktion sie ausüben und wie sie im Kommentar bewertet werden. Bei Einzelpersonen wird der Eigenname notiert. Zusätzlich wird erfaßt, welche *Akteurskonstellationen* im Kommentar konstruiert werden. Für jede bilaterale Akteursbeziehung kann codiert werden, ob diese konflikthaft, ambivalent oder allianzhafte dargestellt wird. Die Variable dient dazu, die in den Kommentaren gezeichneten Konfliktlinien zwischen Akteuren nachzuvollziehen. Wir erwarten, daß sich positive oder negative Parteinahme für einen Akteur auch durch die Darstellung der Akteursbeziehungen ausdrückt.

Neben der Akteursbewertung werden mit den *“Grundkonflikten”* und *“Positionen”* zusätzliche Meinungen erfaßt, die mit den jeweiligen Themen verknüpft werden. Bis zu

drei Grundkonflikte können pro Kommentar codiert werden. Die Grundkonflikte sind bipolar formuliert und können als Deutungsrahmen zur Bewertung einer Streitfrage herangezogen werden. Das heißt, es handelt sich um relativ abstrakte, weitgehend themenunabhängig anwendbare “*Frames*”, mit denen ein konkretes Ereignis oder ein Sachverhalt in einer bestimmten Weise gedeutet werden kann. Die beiden Pole repräsentieren zwei Seiten des Links-Rechts-Kontinuums. Indem durch die Positionsrichtung angegeben werden kann, welcher Pol als bessere Politikalternative dargestellt wird, kann eine grundsätzliche Links- bzw. Rechtsorientierung des Kommentierenden in bezug auf den jeweiligen Grundkonflikt erfaßt werden. Das Instrument wurde im Rahmen einer Untersuchung der Wahlberichterstattung von 1990 von Katrin Voltmer entwickelt und erfolgreich auf Medientexte angewandt. Es bietet den Vorteil, nicht auf konkrete Themenbereiche zugeschnitten und damit nur begrenzt einsatzfähig zu sein, sondern politische Grundorientierungen themenunspezifisch auf relativ abstraktem Niveau zu erfassen (vgl. Voltmer 1997).

Ziel der Kommentaranalyse ist es zunächst, die Kommentaraenda in bezug auf Themen, Akteure und Meinungen über den Untersuchungszeitraum zu verfolgen und schließlich die Übereinstimmungen hinsichtlich dieser Inhalte zu ermitteln. Die Besonderheit der Inhaltsanalyse liegt in ihrem themenübergreifenden Zuschnitt. Es werden alle vorkommenden Themen und Meinungen im Untersuchungszeitraum erfaßt (mit der erwähnten Einschränkung auf Kommentare mit deutschland-politschen Bezug). Der themenübergreifende Zuschnitt der Analyse bringt es mit sich, daß die Inhaltsanalyse relativ abstrakt ansetzt und nicht auf konkrete Ereignisse und Sachverhalte abzielt. Die Übereinstimmungen, die sich in bezug auf Themen und Meinungen zwischen den untersuchten Zeitungen ergeben, beziehen sich auf die entsprechend abstrakten Kategorien. Bei der Interpretation der Fokussierungs- und Konsonanzwerte ist dieser Sachverhalt zu berücksichtigen. Hohe Übereinstimmungen bedeuten keineswegs eine Ähnlichkeit in der Kommentierung auf der konkreten Ereignisebene. Eine Kontrollmöglichkeit für aus diesem Umstand resultierenden möglichen Überschätzungen der Übereinstimmungen besteht in der Evaluationsstudie für den Themenbereich Migration/Ausländer/Rechtsextremismus, die unten ausführlicher dargestellt wird (siehe III.).

Resonanzstudie (II)

Im zweiten Teil der Hauptstudie soll untersucht werden, inwiefern die Thematisierungen und Meinungen der Pressekommentare im politischen System Resonanz finden. Wir gehen davon aus, daß Kommentare auf relevante gesellschaftliche Problemlagen und Konflikte hinweisen und den politischen Akteuren entsprechenden Handlungsbedarf signalisieren. Themen und Meinungen in Kommentaren, so unsere Erwartung, werden sich im politischen System insofern niederschlagen, als die politischen Akteure diese medialen Deutungen wahrnehmen, ausgewählte Themen in den politischen Prozeß zur Bearbeitung einbringen und möglicherweise sogar mediale Bewertungen übernehmen. Wir gehen davon aus, daß hoch fokussierte Thematisierungen und hoch konsonante Meinungsäußerungen die größten Chancen haben, im politischen System aufgenommen und bearbeitet zu werden; und zwar umso eher, je langfristiger Fokussierungen und Konsonanzen auftreten. Um festzustellen, welche Themen bzw. unter welchen Bedingungen von Fokussierung, Konsonanz und Persistenz Themen und Meinungen im politischen System Resonanz finden, soll die Agenda des politischen Systems untersucht und in Beziehung zur Kommentaraagenda gesetzt werden. In bezug auf die Politikagenda interessieren uns zwei Dimensionen: zum einen soll ermittelt werden, welcher Akteur welche Themen auf die politische Agenda setzt und wie lange sie sich dort halten, bzw. ob sie von Zeit zu Zeit wieder aufgegriffen werden; zum anderen sollen die zu diesen Themen zum Ausdruck kommenden Meinungen erfaßt werden.

Unsere theoretische Annahme, die sich letztlich auch in der Wahl des Begriffs "Medienresonanz" niederschlägt, impliziert eine Wirkungserwartung von Medieninhalten auf Politik. Nichtsdestotrotz erlaubt ein Vergleich von Kommentar- und politischer Agenda keine kausalen Schlüsse. Stellen wir fest, daß ein Thema zuerst auf der Kommentaraagenda und anschließend auf der politischen Agenda erscheint, so läßt sich jedoch mit gewisser Plausibilität annehmen, daß die Behandlung des entsprechenden Themas im politischen System zumindest *auch* eine Reaktion auf die mediale Thematisierung darstellt. Ähnliches gilt für die Meinungen, die in Pressekommentaren und im politischen System in bezug auf entsprechende Themen vertreten werden. Auch hier ist anzunehmen, daß Meinungen, die zuerst in den Kommentaren formuliert wurden und sich dann in ähnlicher Form bei politischen Akteuren wiederfinden, zumindest *auch*

eine Reaktion auf die Kommentierung sein können. Es versteht sich von selbst, daß die politische Agenda nicht nur Einflüssen der Pressekommentierung unterliegt, sondern auf eine Vielzahl von Faktoren außerhalb des Mediensektors reagiert bzw. durch parteistrategische Überlegungen beeinflusst wird. Ziel ist daher, die Vor- bzw. Nachzeitigkeit oder Parallelität von Themen auf beiden Agenden festzustellen und die Meinungen in Kommentaren und im politischen System zu vergleichen.

Sowohl Kommentaragenda als auch die politische Agenda werden von Anfang 1993 bis Ende 1998 untersucht, so daß mögliche Wirkungen über einen Zeitraum von sechs Jahren verfolgt werden können. Somit fokussiert das Projekt auf kurz- und mittelfristige Medienresonanz im politischen System. Kurzfristig dürfte sich ein entsprechender Medieneinfluß im politischen System im aktuellen politischen Geschehen des Bundestages niederschlagen. Hier werden Themen diskutiert, Entscheidungen vorbereitet und Beschlüsse gefaßt. Ein bestimmtes Thema im Bundestag zur Sprache zu bringen bedeutet eine Relevanzzuweisung für dieses Thema durch bestimmte politische Akteure. Die institutionalisierte Form für solche Thematisierungen im Bundestag sind große Anfragen sowie aktuelle Stunden, die entweder von einer Gruppe von Abgeordneten oder von Fraktionen beantragt werden können. Hier kann mit relativ kurzer Vorlaufzeit ein Thema auf die Tagesordnung gehoben werden, wozu die Regierung innerhalb kurzer Zeit eine Stellungnahme abgeben muß.

Die mittelfristige Resonanz von Kommentaren im politischen System wird anhand von Parteiprogrammen und großen Regierungserklärungen analysiert. Wir gehen davon aus, daß Thematisierungen und Meinungen in Pressekommentaren von den Parteien als mediale Relevanzzuweisungen für gesellschaftliche Problemlagen und Konflikte wahrgenommen und diskutiert werden und bei der Formulierung neuer Programme berücksichtigt werden. Ebenso ist zu erwarten, daß die Regierung sensibel auf die medialen Thematisierungen und Meinungen reagiert. Mittelfristig können sie in den Erklärungen zum Beginn der Legislaturperiode ihren Niederschlag finden. Ob die in Kommentaren angesprochenen Themen politische Resonanz auch in mittelfristiger Perspektive finden, soll anhand einer Analyse der programmatischen Dokumente der Parteien und Regierungen untersucht werden. Die Themen der Parteiprogramme und großen Regierungserklärungen für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 liegen am

WZB bereits vor. Sie sind Ergebnis des “Party-Manifesto”-Projekts, in dem die Themen von Parteiprogrammen und Regierungserklärungen seit 1950 untersucht werden.

Ob die in den Kommentaren zum Ausdruck kommenden Meinungen im politischen System auch in entsprechende Entscheidungen münden, kann mit unserer kurz- bis mittelfristigen Perspektive nicht zuverlässig untersucht werden. Mögliche Entscheidungen können Gesetze oder Beschlüsse sein, die eine erhebliche Vorlaufphase haben und teilweise erst Jahre nach der ersten entsprechenden Thematisierung im Bundestag umgesetzt werden. Zudem hängt die Richtung der jeweiligen Entscheidung nicht nur von der Meinungsverteilung im Bundestag, sondern auch von einer Reihe situativer Faktoren ab. Gesetze bedürfen beispielsweise der Zustimmung im Bundesrat, Bundestagsbeschlüsse sind abhängig von aktuellen “Großwetterlagen” der Regierungskoalition, dem jeweiligen Abstimmungsmodus und anderen technisch-strategischen Gegebenheiten.

Die Untersuchung der Politikagenda umfaßt Themen und Grundkonflikte⁶. Hier wird die Themenliste der Kommentaranalyse sowie das ebenfalls in der Kommentaranalyse verwendete Instrument zur Erfassung von Meinung als abstrakte, themenunspecifische Positionen zu Grundkonflikten (Voltmer 1997) zugrunde gelegt. Die Themen der Parteiprogramme und großen Regierungserklärungen liegen bereits aus dem “Party-Manifesto”-Projekt vor (Volkens/Voltmer 1992). Für die Untersuchung der mittelfristigen politischen Resonanz müssen also lediglich die Grundkonflikte und Positionsrichtungen aus den bereits vorliegenden Parteiprogrammen und großen Regierungserklärungen nachcodiert werden. Die kurzfristige politische Resonanz, wie sie sich in Anfragen und aktuellen Stunden niederschlägt, muß in bezug auf beide interessierenden Dimensionen, Themen und Grundkonflikte erfaßt werden.

Evaluationsstudie (III)

In einer themenübergreifenden Bewertungsanalyse über einen längeren Zeitraum ist eine detaillierte Analyse von Meinungen zu konkreten Ereignissen und Sachverhalten

⁶ Was die politische Resonanz in bezug auf Meinungen betrifft, so gewährleistet eine Analyse von Anfragen und Anträgen zu aktuellen Stunden im Bundestag keine zufriedenstellende Messungen, da diese neutral und sachlich formuliert werden müssen. Wieweit eine tatsächliche Codierung der entsprechenden Meinungen hier möglich ist, wird sich erst bei der Codierung erweisen lassen.

nicht zu leisten, da die Kategorien, um auf die Vielfalt der Themen anwendbar zu sein, notgedrungen abstrakt sein müssen. Differenziertere Bewertungsanalysen sind daher auf dieser Ebene in der Hauptuntersuchung auch nicht vorgesehen. Sie erscheinen auch nicht in jeder Hinsicht als notwendig, wenn man die Tagesgeräusche des Politikprozesses beiseite schiebt und auf die bestimmenden "Linien" von Meinungs- und Entscheidungsbildungen abstellt. Versteht man Themenfokussierungen und Meinungskonsonanzen allerdings in einem sehr engen Sinne, also als Bezug auf den gleichen Sachverhalt bzw. als identische Bewertungen dieses Sachverhalts, so muß der jeweilige konkrete Sachverhalt in der Codierung erfaßt werden. Auch die spezifische Deutung und Interpretation, die sich aus der Kombination bestimmter Themen und Akteure ergibt, kann auf einer relativ hoch aggregierten Themenebene kaum untersucht werden. Solche Deutungsmuster müssen jeweils auf ein konkretes Thema bezogen werden. Möchte man also die differenzierten Deutungsstrategien verschiedener Zeitungen untersuchen, so muß zunächst ein solcher Bezugspunkt festgelegt werden. Es wäre eine unterhalb der Themenebene angesiedelte sehr spezifische Erfassung von Unterthemen notwendig, für die jeweils mögliche Deutungsrahmen entwickelt würden.

Um die Fokussierung und Konsonanz auf konkreter Ebene zu erfassen, ist vorgesehen, anhand eines ausgewählten Themas eine Feinanalyse mit themen- und ereignisspezifischen Kategorien durchzuführen. Zu diesem Zweck wurde der Themenbereich Migration/Ausländer/Rechtsextremismus ausgewählt. Das Thema verweist auf aktuelle Probleme moderner Industriegesellschaften und der damit verbundenen Konflikte, z.B. im Hinblick auf rechtsextremistische Ausschreitungen, Gewalttaten gegen Ausländer, etc. Durch den wachsenden Zustrom von Ausländern nach Deutschland ist das Thema Migration Anfang der 90er Jahre in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückt. Die Diskussion dreht sich um die rechtliche Integration von Ausländern in die deutsche Gesellschaft (z.B. doppelte Staatsbürgerschaft, Asylgesetzgebung, etc.), die Integrationsfähigkeit der Ausländer und die unterschiedlichen Auffassungen zur multikulturellen Gesellschaft. Die durch die Einwanderung selbst, sowie durch die öffentliche Diskussion darüber ausgelöste Welle rechtsextremer Gewalt, die in den Anschlägen von Hoyerswerda, Mölln, Rostock und Solingen mündete, hat auch die Fremdenfeindlichkeit und die rechtsextreme Gewalt gegen Ausländer erhebliche Publizität erhalten. Zum Themenkomplex Migration/Ausländer/Rechtsextremismus liegen aus einem anderen

WZB-Projekt (Koopmans 1996a, 1996b) themenspezifisch ausgearbeitete und empirisch bewährte Kategorien für Ereignisse und Unterthemen, Akteure und die jeweiligen Bewertungen durch die Medien sowie durch andere Akteure vor. Zusätzlich wurden spezifische Frames entwickelt, mit denen konkrete Ereignisse oder Sachverhalte gedeutet und interpretiert werden können. Die Analyse der Thematisierung unterschiedlicher Aspekte oder Unterthemen, der expliziten Bewertung und Interpretation bestimmter Ereignisse und Sachverhalte soll Aufschluß über das Ausmaß an Fokussierung und Konsonanz auf der konkreten Themen- und Ereignisebene geben. Das hier festgestellte Ausmaß an Übereinstimmung in bezug auf Unterthemen und damit verknüpfte Meinungen dient zugleich der Validierung unserer Fokussierungs- und Konsonanzmaße der themenübergreifenden Hauptuntersuchung.

Da das Thema Migration quer zur vorliegenden, vornehmlich an traditionellen Politikbereichen orientierten Struktur des themenübergreifenden Kategoriensystems liegt, können die entsprechend ausdifferenzierten Kategorien nicht problemlos in das themenübergreifende Kategoriensystem integriert werden. Es erscheint daher geboten, zunächst jeden Kommentar nach dem höher aggregierten Kategoriensystem zu codieren und dann in einem zweiten Schritt die Feincodierung für das ausgewählte Thema nach einem gesonderten Kategoriensystem durchzuführen. Das themenübergreifende Kategoriensystem wird also ergänzt durch ein themenspezifisch ausgearbeitetes Kategoriensystem im Bereich Migration/Ausländer/Rechtsextremismus. Dieses Vorgehen impliziert, daß Kommentare zu den ausgewählten Einzelthemen doppelt, und zwar in zwei separaten Schritten codiert werden. Die unterschiedlich generierten Befunde lassen sich dann gezielt vergleichen.

4. **Schlußbemerkungen**

Ausgangspunkt unserer Projektüberlegungen ist die Sichtweise von Medien als politische Akteure, die in Kommentaren versuchen, für ihre Relevanzzuweisungen und Problemdeutungen im politischen System Resonanz zu erzeugen. Mit der Frage nach dem Einflußpotential der Kommentaragenda auf die politische Agenda knüpft das Projekt aus einer öffentlichkeitssoziologischen Perspektive an die Forschungstradition zum Agenda-Building-Prozeß an, der bisher vor allem empirisch kaum untersucht wurde. Herausgehobene Bedeutung bei der Konstituierung einer wahrnehmbaren Medienstimme kommt dem Grad an Übereinstimmung bzw. Divergenz im Mediensystem zu. Wir gehen davon aus, daß nur ein hohes Maß an Themenfokussierung und Meinungskonsonanz sowie eine gewisse zeitliche Stabilität dieser Konstellationen entsprechenden Druck auf die politischen Akteure ausüben können. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, paralysieren sich die unterschiedlichen Medienstimmen gegenseitig und bleiben bloßes „Geräusch“ im politischen Diskurs.

Unter welchen Bedingungen es den Medien gelingt, im politischen System Resonanz zu finden, ist die zentrale Fragestellung unserer Untersuchung. Die Umsetzung der Fragestellung erfolgt über eine inhaltsanalytische Erfassung der Themen, Akteure und Meinungen der Kommentare überregionaler Zeitungen zwischen 1993 und 1998 sowie der Anfragen und aktuellen Stunden im Bundestag, der Parteiprogramme und Regierungserklärungen. Die themenübergreifende Analyse der Agenden erfordert ein hohes Maß an Abstraktion sowohl auf Themen- als auch auf Meinungsebene. Um dadurch verursachte mögliche Überschätzungen der Übereinstimmungen zwischen den Zeitungen kontrollieren zu können, wird zusätzlich ein Evaluationsprojekt zum Themenkomplex Migration/Ausländer/Rechtsextremismus durchgeführt, das auf konkreter Themen- und Ereignisebene auch spezifischere Thematisierungen und Argumente erfaßt.

Eines der zentralen Probleme des Projekts betrifft die Kausalität des angenommenen Wirkungsprozesses. Ein Vergleich zwischen Kommentaragenda und politischer Agenda kann selbst bei Berücksichtigung von Vor- und Nachzeitigkeit des Auftauchens bestimmter Themen und Meinungen und bei Anwendung entsprechender statistischer Verfahren lediglich plausible Hinweise auf eine Kausalrichtung liefern. Die Vielzahl

unterschiedlicher Einflußfaktoren beim Zustandekommen der politischen Agenda läßt sich kaum kontrollieren. Man kann jedoch annehmen, daß die Behandlung des entsprechenden Themas im politischen System zumindest *auch* eine Reaktion auf die mediale Thematisierung darstellt. Möglicherweise können Interviews mit politischen Entscheidungsträgern bei der Klärung des spezifischen Medienbeitrags im politischen Prozeß dienlich sein. Auch zusätzliche Einzelfallanalysen können ein Beitrag zur Verminderung des Forschungsdefizits darstellen, das speziell in diesem Wechselwirkungsprozeß besteht.

Literaturverzeichnis

Baerns, Barbara (1985): Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Blumler, Jay G. (1997): Wandel des Mediensystems und sozialer Wandel: Auf dem Weg zu einem Forschungsprogramm. In: Publizistik 42: 16-36.

Butler, David/Stokes, Donald Stokes (1969): The Analysis of Issues. Political Change in Britain. Forces Shaping Electoral Choice. New York: St. Martin's Press, 173-192.

Cohen, Bernhard L. (1973): The Public's Impact on Foreign Policy, Boston: Little Brown and Company.

Cook, Fay Lomax et al. (1983): Media and Agenda Setting: Effects and the Public, Interest Group Leaders, Policy Makers, and Policy. In: Public Opinion Quarterly 47: 16-35.

Dahlgren, Peter (1995): Television and the Public Sphere. Citizenship, Democracy and the Media. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.

Donsbach, Wolfgang/Wolling, Jens/Blomberg, Constanze von (1996): Repräsentation politischer Positionen im Mediensystem aus der Sicht deutscher und amerikanischer Journalisten. In: Hömberg, Walter/Pürer, Heinz (Hrsg.): Medientransformation. Konstanz, 343-356.

Downs, Anthony (1972): Up and Down with Ecology - The "Issue-Attention Cycle". In: The Public Interest 28: 38-50.

Eilders, Christiane (1997): The Impact of Editorial Content on the Political Agenda in Germany: Theoretical Assumptions and Open Questions Regarding a Neglected Subject in Mass Communication Research. WZB-Discussion Paper FS III 97-102, Berlin 1997.

Eilders, Christiane/Neidhardt, Friedhelm/Pfetsch, Barbara (1997): Pressekommentare und öffentliche Meinung. In: Schatz, Heribert/Jarren, Otfried/Knaup, Bettina (Hrsg.): Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft? Beiträge zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von politischer und medialer Macht. Opladen, 176-187.

Entman, Robert M. (1989): Democracy without Citizens: Media and the Decay of American Politics, New York: Oxford University Press.

Fuchs, Dieter (1991): Zum Wandel politischer Konfliktlinien. In: Werner Süß (Hrsg.): Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Opladen: Leske und Budrich, 69-86.

Fuchs, Dieter/Pfetsch, Barbara (1996): Die Beobachtung der öffentlichen Meinung durch das Regierungssystem. In: Wolfgang van den Daele/Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren, WZB-Jahrbuch 1996. Berlin: edition sigma, 103-138.

Funkhouser, Ray (1973): The Issues of the Sixties: An Exploratory Study in the Dynamics of Public Opinion. In: *Public Opinion Quarterly* 37: 62-75.

Gamson, William A. (1992): *Talking Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.

Gerhards, Jürgen (1991): *Die Macht der Massenmedien und die Demokratie: Empirische Befunde*, Discussion Paper FS II 91-108, Wissenschaftszentrum Berlin.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1998): *Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gilberg, Shelton et al. (1980): The State of the Union Address and the Press Agenda. In: *Journalism Quarterly* 57: 584-588.

Goffmann, Erving (1974): *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience*, Cambridge: Harvard University Press.

Gormley, William T. (1975): Newspaper Agendas and Political Elites. In: *Journalism Quarterly* 52: 304-308.

Graber, Doris A. (1989): *Mass Media and American Politics*. Washington: *Congressional Quarterly* (3. Aufl.).

Gurevitch, Michael/Blumler, Jay G. (1990): Political communication systems and democratic values. In: Lichtenberg, Judith (ed.): *Democracy and the Mass Media*: Cambridge: Cambridge University Press, 269-289.

Hagen, Lutz (1992): Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. In: *Publizistik* 37: 444-460.

Halloran, James D./Elliott, Philip/Murdoch, Graham (1970): *Demonstrations and Communication: A Case Study*, Harmondsworth.

Herzog, Dietrich et al. (1990): Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung, Opladen.

Holtz-Bacha, Christina (1997): Das fragmentierte Medien-Publikum. Folgen für das politische System. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B42/97: 13-21.

Holzer, Horst (1971): *Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland*, München.

Iyengar, Shanto/Kinder, Donald R. (1987): *News that Matters*, Chicago: Chicago University Press.

Iyengar, Shanto (1991): *Is anyone responsible? How television frames political issues*, Chicago: University of Chicago Press.

Iyengar, Shanto (1992): *Wie Fernsehnachrichten die Wähler beeinflussen: Von der Themensetzung bis zur Herausbildung von Bewertungsmaßstäben*. In: Jürgen Wilke (Hrsg.), *Öffentliche Meinung, Theorien, Methoden, Befunde*, Freiburg/München, 123-142.

Jarren, Otfried (1996): *Auf dem Weg in die "Mediengesellschaft"? Medien als Akteure und institutionalisierter Handlungskontext. Theoretische Anmerkungen zum Wandel des intermediären Systems*. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.): *Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft*. Zürich: Seismo: 79-96.

Kahnemann, Daniel/Tversky, Amos (1984): *Choices, Values and Frames*. In: *American Psychologist* 39: 341-350.

Kenamer, J. David (1992): *Public Opinion, The Press, and Public Policy. An Introduction*, Praeger Publishers: Westpoint CT.

Kepplinger, Hans Mathias (1985): *Die aktuelle Berichterstattung des Hörfunks. Eine Inhaltsanalyse der Abendnachrichten und politischen Magazine*, Freiburg/München.

Kepplinger, Hans Mathias, in Zusammenarbeit mit Hans-Bernd Brosius, Joachim Friedrich Staab und Günter Linke (1989): *Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte*. In: Max Kaase/Winfried Schulz (Hrsg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*, Opladen, 199-220.

Kepplinger, Hans Mathias (1995): *Medienzugang, Medienmonopol, Medienkonzentration. Läßt sich mit rechtlichen Mittel Meinungs- und Programmvielfalt sichern?* In: *Bitburger Gespräche, Jahrbuch 95/II*, München, 45-82.

Kingdon, John W. (1984): *Agendas, Alternatives, and Public Politics*, Boston/Toronto: Little Brown & Company.

Kleinnijenhuis, Jan/Rietberg, Ewald M. (1995): *Parties, media, the public and the economy: Patterns of societal agenda-setting*. In: *European Journal of Political Research* 28, 95-118.

Koopmans, Ruud (1996a): *New Social Movements and Changes in Political Participation in Western Europe*. In: *West European Politics* 19: 28-50.

Koopmans, Ruud (1996b): *Explaining the Rise of Racist and Extrame Right Violence in Western Europe: Grievances or Opportunities?* In: *European Journal of Political Research* 30: 185-216.

Krosnick, Jon A./Kinder, Donald R. (1990): *Altering the foundations of support for the president through priming*. In: *American Political Science Review* 84: 497-512.

Leff, Donna/Protest, David L./Brooks, Stephen C. (1986): Crusading Journalism: Changing Public Attitudes and Policy Making Agendas. In: *Public Opinion Quarterly* 50: 300-315.

Mathes, Rainer/Freisens, Uwe (1989): Kommunikationsstrategien der Parteien und ihr Erfolg. Eine Analyse der aktuellen Berichterstattung in den Nachrichtenmagazinen der öffentliche-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten im Bundestagswahlkampf 1987. In: Max Kaase/ Hans Dieter Klingemann (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 531-568.

Mathes, Rainer/Pfetsch, Barbara (1991): The Role of the Alternative Press in the Agenda Building Process: Spill-over Effects and Media Opinion Leadership. In: *European Journal of Communication* 6: 33-62.

McCombs, Maxwell E./Shaw, Donald L. (1972): The Agenda-Setting Function of Mass Media. In: *Public Opinion Quarterly* 36: 176-187.

Neidhardt, Friedhelm (1994a): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: ders. (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen, 7-41.

Noelle-Neumann, Elisabeth/Mathes, Rainer (1987): The "Event as Event" and the "Event as News": The Significance of "Consonance" for Media Effects Research. In: *European Journal of Communication* 2: 391-414.

Page, Benjamin I. (1996a): Public Deliberation, The Media, and Democracy, Paper presented to the International Communication Association, Chicago, Mai 1996.

Page, Benjamin I. (1996b): The Mass Media as Political Actors. In: *Political Science & Politics* 29, 20-24.

Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y./Dempsey, Glenn R. (1987): What moves Public Opinion? in: *American Political Science Review* 81: 23-43.

Pfetsch, Barbara (1993): Strategien und Gegenstrategien - Politische Kommunikation bei Sachfragen; Eine Fallstudie aus Baden-Württemberg. In: Wolfgang Donsbach/Otfried Jarren/Hans Mathias Kepplinger/Barbara Pfetsch (Hrsg.): *Beziehungsspiele - Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion; Fallstudien und Analysen*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 45-111.

Price, Vincent/Tewksbury, David (1995): News Values and Public Opinion: A Theoretical Account of Media Priming and Framing. In: G. Barnett/F.J. Boster (eds.), *Progress in the Communication Sciences*.

Pritchard, David (1986): Homicide and Bargained Justice: The Agenda-Setting Effect of Crime News on Prosecutors. In: *Public Opinion Quarterly* 50: 143-159.

Pritchard, David/Dilts, Jon Paul/Berkowitz, Dan (1987): Prosecutors' Use of External Agendas in Prosecuting Pornography Cases. In: *Journalism Quarterly* 64: 392-398.

Pritchard, David (1992): The News Media and Public Policy Agendas. In: J. David Kenamer, *Public Opinion, The Press, and Public Policy. An Introduction*, Praeger Publishers: Westpoint CT, 103-112.

Pritchard, David/Berkowitz, Dan (1993): The Limits of Agenda-Setting: The Press and Political Responses to Crime in the United States, 1950-1980. In: *International Journal of Public Opinion Research* 5: 86-91.

Protess, David L. et al. (1987): The Impact of Investigative Reporting on Public Opinion and Policymaking. Targeting Toxic Waste. In: *Public Opinion Quarterly* 51:166-185.

Puhe, Henry/Würzberg, H. Gerd (1989): *Lust und Frust. Das Informationsverhalten des deutschen Abgeordneten. Eine Untersuchung*, Köln.

Rogers Everett M./Dearing, James W. (1988): Agenda-Setting Research: Where has it been, where is it going? In: Anderson, A. (ed.), *Communication Yearbook 11*, Newbury Park CA, Sage: 555-594.

Rühl, Manfred (1980): *Journalismus und Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Theorieentwurf*. Mainz: Hase & Köhler.

Schönbach, Klaus (1977): *Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums*, Freiburg/München.

Schulz, Winfried (1997): In der expandierenden Medienöffentlichkeit verdüstert sich das Bild der Politik. Folgen der Informationsnutzung unter Vielkanalbedingungen. In: Jarren, Otfried/ Krotz, Friedrich (Hrsg.): *Öffentliche Kommunikation unter "Vielkanalbedingungen"*. Baden-Baden: Nomos (als Manuskript).

Schulz, Winfried/Kindelmann, Klaus (1993): Die Entwicklung der Images von Kohl und Lafontaine im Wahljahr 1990. Ein Vergleich der Wählerurteile mit den Urteilen ausgewählter Leitmedien. In: Christina Holtz-Bacha/Lynda Lee Kaid (Hrsg.), *Die Massenmedien im Wahlkampf. Untersuchungen dem Wahljahr 1990*, Opladen, 10-45.

Sigal, Leon V. (1973): *Reporters and Officials: The Organization and Politics of Newsmaking*, Lexington, Mass.: D.C. Heath.

Snow, David A. et al. (1986): Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: *American Sociological Review* 51:464-481.

Snow, David A./Benford, Robert D. (1988): Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: *International Social Movement Research* 1: 197-217.

Volkens, Andrea/Voltmer, Katrin (1992): Klassifikationsschema zur quantifizierenden Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente in der Bundesrepublik Deutschland. WZB-Reihe "Technische Berichte FS III/2 T 92-2-8. Berlin.

Voltmer, Katrin (1997): Medien und Parteien im Wahlkampf. Die ideologischen Präferenzen der meinungsführenden Tageszeitungen im Bundestagswahlkampf 1990. In: Rundfunk und Fernsehen 45: 173-193.

Walker, Jack (1977): Setting the Agenda in the U.S. Senate: A Theory of Problem Selection. In: British Journal of Political Science 7: 423-445.